

**Mit Kompetenz und Verlässlichkeit für das Saarland
- Wenn's drauf ankommt: Peter Müller! -**

**Leitlinien der CDU Saar
zur Landtagswahl
am 30. August 2009**

**beschlossen vom 58. Landesparteitag
am 19. Juni 2009**

CDU SAAR

1. Landtagswahl 2009 – Jetzt kommt's drauf an!

1.1. Für klare Verhältnisse im Saarland – keine rot-roten Experimente!

- Bei der Landtagswahl am 30. August entscheiden die Bürgerinnen und Bürger über den politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kurs des Saarlandes im nächsten Jahrzehnt. Zwei grundverschiedene Alternativen stehen zur Wahl: bürgerliche Regierung unter Ministerpräsident Peter Müller oder rot-rote Mogelpackung mit Lafontaine als „Strippenzieher“ im Hintergrund und Heiko Maas als „Regierungsmarionette“. Die Alternativen lauten: Fortsetzung der bundesweit beachteten Aufwärtsentwicklung des Saarlandes oder politisches Abenteuer durch ein von Lafontaine „ferngesteuertes“ Linksbündnis. Es geht um die Wahl zwischen einer CDU-geführten Regierung der Kompetenz und Verlässlichkeit und einer Risikoregierung, die für Vergangenheit und rot-rote Experimente steht.

- Es geht bei dieser Landtagswahl aber auch um die Wahl zwischen unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Leitbildern: Wir als CDU Saar stehen dabei für Freiheit, Gerechtigkeit und soziale Verantwortung; demgegenüber stehen die vereinigten Linksparteien für Gleichmacherei, staatlichen Umverteilungswahn und zentralistischen Dirigismus. Wir als CDU Saar setzen auf Leistungsgerechtigkeit, auf die Eigeninitiative und auf die schöpferische Kraft der Menschen; wir glauben an das große Entwicklungspotenzial unseres Landes als Wirtschaftsstandort und als Lebensraum. Und: Wir setzen auf die Richtigkeit unserer politischen Ideen und Konzepte, die sich in den zurückliegenden zehn Jahren bestens bewährt und dem Saarland eine beispiellose Aufwärtsentwicklung gebracht haben.

- Diese Aufwärtsentwicklung und die neu gewonnene Stärke unseres Landes sind das Fundament, auf das wir – gerade jetzt in der Krise – unsere Zukunft bauen. Es sind die wirtschaftlichen und sozialen Erfolge der letzten Jahre, die uns die Chance eröffnen, die rezessionsbedingte Belastung der Saarwirtschaft und des Arbeitsmarktes besser zu verkraften als andere und gestärkt aus dieser Krise wieder herauszukommen. Worauf es daher mehr denn je ankommt, sind Kompetenz und Verlässlichkeit. Was dagegen unser Land weniger denn je braucht, sind die machtpolitischen Eigeninteressen eines Oskar Lafontaine und die unkalkulierbaren Risiken eines rot-roten Bündnisses.

- Die CDU Saar geht in diese Landtagswahl mit dem Anspruch, mit Abstand stärkste politische Kraft im Saarland zu bleiben. Unser Wahlziel heißt: Wir wollen

über 40 Prozent aller Wählerstimmen gewinnen und mit Peter Müller weiterhin den Ministerpräsidenten des Saarlandes stellen. Als Regierungspartei treten wir an mit dem Selbstbewusstsein einer bundesweit anerkannten Erfolgsbilanz.

1.2. Wir packen an! – Bilanz einer erfolgreichen Landesregierung

- Trotz der weltweiten Wirtschafts- und Finanzmarktkrise ist eines unbestreitbar: Unter Ministerpräsident Peter Müller hat das Saarland einen großen Sprung nach vorn gemacht. Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeitsmarkt haben sich überdurchschnittlich gut entwickelt, in puncto Lebensqualität und persönlichen Entwicklungsperspektiven gilt das Saarland zurecht als aufstrebende Top-Region unter den deutschen Bundesländern! Das Ansehen des Saarlandes ist in der Regierungszeit von Peter Müller enorm gestiegen. Innerhalb wie außerhalb spürt man: Dieses Land will seinen eigenen Weg gehen – aus eigener Kraft und mit eigenen Ideen. Die CDU hat in der Vergangenheit mit mutigen Veränderungen und mit innovativen Ideen den Weg für diesen Erfolgskurs freigemacht, sie wird diesen Modernisierungsprozess auch im Zeichen der großen Wirtschaftskrise weiter vorantreiben. Und so sieht die Bilanz einer erfolgreichen Landesregierung aus:
- **Fortschritte beim Strukturwandel:** Nicht nur die Lebens-, sondern auch die Standortqualität und das Wirtschaftsklima im Saarland sind inzwischen bundesweit bekannt. Wir vollziehen notwendige Strukturanpassungen z. B. im Bergbau ohne soziale Härten und bauen gleichzeitig - etwa bei der Stahl- und Metallverarbeitung sowie im Maschinen- und Fahrzeugbau - einen international wettbewerbsfähigen industriellen Kern auf. Wir treiben den wirtschaftlichen Strukturwandel voran, entwickeln Zukunftsbranchen und setzen dabei auf Existenzgründungen, Innovationsförderung und eine konsequent kundenorientierte Investorenbetreuung. Heute wird die Saarwirtschaft getragen von einem bestens aufgestellten industriellen Kern, einem leistungsfähigen bodenständigen Mittelstand aus Handel, Handwerk und Dienstleistern sowie von modernen Hightech Unternehmen mit industriellem, dienstleistungsbezogenem oder forschungsbasiertem Hintergrund.
 - **Bestnoten bei Image und Standortqualität:** Nirgendwo in Deutschland - außer in Bayern - gab es in den letzten Jahren eine solche Dynamik und eine derartige Wachstumsentwicklung wie in der Saarwirtschaft. Das hängt auch mit enorm verbesserten Standortbedingungen zusammen; dazu zählen: schnelle Genehmigungsverfahren, eine attraktive Infrastruktur im Flug-, Auto- und Schienenfernverkehr, die unser Land mit den wichtigen Wirtschaftsregionen und Metropolen Europas vernetzt; hervorragende schulische und wissenschaftliche Ausbildungsbedingungen sowie ein großes Angebot qualifizierter und motivierter Facharbeiter. Wir sind seit Jahren ein aufnehmender Arbeitsmarkt mit erheblichem Überschuss an außersaarländischen Berufseinpendlern und haben sogar - nach dem

unvorhersehbar plötzlichen Ende des Kohlebergbaus - viele ehemalige Bergleute erfolgreich in den ersten Arbeitsmarkt integriert, so dass betriebsbedingte Kündigungen vermieden werden konnten. Zahlreiche Ansiedlungen und Erweiterungsinvestitionen belegen das enorme Entwicklungspotenzial und die Standortqualität unseres Landes.

- **Pluspunkte bei Bildung und Betreuung:** Die CDU Saar mit Ministerpräsident Peter Müller an ihrer Spitze hat mit einer neuen Schulpolitik den Weg für eine bessere Schulausbildung unserer Kinder und mehr Wahlfreiheit für die Eltern freigemacht. Höhere Unterrichtsqualität, mehr Unterricht in den Grundschulen, bessere Schulvorbereitung schon im Kindergartenalter, demographiefeste durchlässige Schulstrukturen, Wahlmöglichkeiten zwischen G8 und G9 sowie ein flächendeckendes Angebot an freiwilligen Ganztagschulen zeigen: Im Saarland kommt der Staat – nach Jahren des Personalabbaus und unverantwortlichen pädagogischen Experimenten im Schulwesen – nun wieder seiner Verantwortung für bestmögliche Startchancen von Kindern und jungen Menschen nach. Durch die Vervielfachung des Angebotes an Krippenplätzen, die Freistellung der Eltern von den Kosten des letzten Kindergartenjahrs und eine kostengünstige Schulbuchausleihe haben wir darüber hinaus das Saarland zu einem familienfreundlichen Bundesland gemacht.
- **Mehr Raum für soziales Miteinander:** Wirtschaftlicher Erfolg ist jedoch nicht alles. Was ebenfalls zählt, sind Menschlichkeit und Solidarität. Dies zeigt sich vor allem beim Umgang mit den Schwachen und Benachteiligten, die in der heutigen Leistungsgesellschaft oft keinen Platz mehr finden. Deshalb haben wir zum Beispiel dafür gesorgt, dass im Saarland die Versorgungs- und Betreuungsqualität für alte, kranke und behinderte Mitmenschen inzwischen überdurchschnittlich gut ist. Nirgendwo gibt es bezogen auf die Bevölkerung mehr Werkstatt- und Behindertenarbeitsplätze, nirgendwo wird Qualitätssicherung in der Pflege ernster genommen, nirgendwo wird mehr für berufliche und soziale Integration von Behinderten getan als bei uns. Mit der bundesweit erstmaligen Einführung von verpflichtenden Vorsorgeuntersuchungen für Kinder haben wir eine Vorreiterrolle beim wirksamen Schutz gegen Kindesmissbrauch übernommen.
- **Mehr Sicherheit durch leistungsfähige Polizei:** Die CDU Saar ist seit jeher die Partei mit der höchsten Kompetenz auf dem Gebiet von innerer Sicherheit und öffentlicher Ordnung. Diesem Anspruch ist die Landesregierung unter Ministerpräsident Peter Müller in den vergangenen Jahren stets gerecht geworden. So haben wir - nach dem drastischen Personalabbau durch den damaligen Ministerpräsidenten Lafontaine - die Funktionsfähigkeit der saarländischen Polizei in kurzer Zeit wiederhergestellt. Personell, technisch und operativ ist die Präsenz der Polizei nicht nur im städtischen Bereich, sondern auch in der Fläche jederzeit gewährleistet. Die Aufklärungsquote im Bereich der Gewalt- wie der allgemeinen Straftaten ist überdurchschnittlich hoch.

Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten leisten durch ihre tägliche Arbeit einen großen Beitrag zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit. Ihre Arbeit muss daher angemessen entlohnt werden. Deswegen hat die CDU-Landesregierung die zweigeteilte Laufbahn eingeführt und das Beförderungsbudget mehr als verdoppelt. Von 1999 bis 2008 sprach die CDU-Landesregierung insgesamt 3.678 Beförderungen bei der Polizei aus .

Auch die Bundespolizei leistet einen erheblichen Anteil für die innere Sicherheit im Saarland. Gemeinsam mit den Verantwortlichen in Berlin und Potsdam konnte die CDU Saar den Standort Saarland deutlich stärken und einen personellen Aufwuchs begünstigen.

- **Starkes Land – starker öffentlicher Dienst:** Ohne einen starken und engagierten öffentlichen Dienst wären viele Erfolge der letzten Jahre nicht möglich gewesen. Die CDU Saar wird sich daher auch in Zukunft für die Belange des öffentlichen Dienstes im Saarland stark machen. Die CDU Saar hat sich stets zum öffentlichen Dienst bekannt. Wir haben in ihn investiert, um ihn noch leistungsstärker und bürgerfreundlicher zu machen. Für die CDU Saar muss die öffentliche Verwaltung moderner Dienstleister der Bürgerinnen und Bürger sein. Unser zentrales Anliegen war und ist es, mit der Steigerung der Effizienz und der Wirtschaftlichkeit bei gleichzeitiger Service- und Dienstleistungsorientierung die Verwaltungsaufgaben und -strukturen zu optimieren und konsequent weiter zu entwickeln. Wir wissen: Der öffentliche Dienst musste in den vergangenen Jahren zum Teil schmerzhaft Einschnitte hinnehmen. Als Haushaltsnotlageland waren wir gezwungen, anderen Bundesländern folgend, Anpassungsmaßnahmen zu vollziehen. Wir waren aber immer bemüht, die soziale Ausgewogenheit zu beachten, z.B. durch eine vierfache soziale Staffelung sowie durch eine Familien- und Kinderkomponente bei der Anpassung des Weihnachtsgeldes. Und wir haben für eine familienfreundliche Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst gesorgt: Durch Beurlaubungs- und Teilzeitregelungen bei der Kinderbetreuung oder bei der Pflege von Angehörigen, durch die Einführung von Telearbeit, die Schaffung einer Betreuung für Kinder in den Ferien und die Ausweitung des Sonderurlaubs für ehrenamtlich Tätige in der Jugendarbeit.

Die Entwicklung des Saarlandes in den letzten zehn Jahren kann sich sehen lassen; vor allem in der erfolgreichen Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels und der dynamischen Entwicklung des Arbeitsmarktes liegen große Chancen, die auch für unser Land gravierenden Auswirkungen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzmarktkrise zu meistern. Für die Bewältigung dieser außergewöhnlichen Krisensituation reicht der Rückgriff auf bisherige Erfahrungen und Konzepte alleine nicht mehr aus; erforderlich ist jetzt ein besonderes Maß an Regierungskompetenz und politischer Verlässlichkeit. Wir als christliche Demokraten im Saarland stellen uns diesem Anspruch. Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern zeigen, dass wir dieser Krise mit politischer Kompetenz und sozialer Verantwortung entgegentreten und danach wieder erfolgreich an die Aufwärtsentwicklung der letzten Jahre anknüpfen.

2. Die Kernfrage: Zurück in die Vergangenheit oder vorwärts in die Zukunft?

2.1. Rot-Rot – Was droht?

- Mit der CDU hat das Saarland in den letzten Jahren einen erfolgreichen Weg eingeschlagen, mit Rot-Rot droht dem Saarland der Rückfall in alte Zeiten. In der Regierungszeit von Lafontaine und der SPD lag das Saarland in zahlreichen wichtigen Feldern der Landespolitik hinter der Entwicklung anderer Bundesländer beziehungsweise gegenüber dem Bund zurück. Eine Regierung aus SPD und Linkspartei würde unser Land wieder um Jahre zurückwerfen und isolieren. Ein rot-rotes Bündnis an der Saar würde bedeuten:
 - **Wirtschaftsfeindliches Klima:** Mit zusätzlichen Vorschriften würde ein Linksbündnis die saarländischen Unternehmen und Betriebe drangsalieren. So wollen SPD und Linke in Umweltfragen das Verbandsklagerecht einführen und sogar die Landesverfassung ändern, um Nachhaltigkeits- und Umweltkonformitätsprüfungen verpflichtend und zwangsweise festzuschreiben. Für Unternehmen heißt das: Alles dauert länger, wird teurer und komplizierter. Gleichzeitig drohen die Linken den saarländischen Betrieben mit einer Ausbildungsplatzabgabe, obwohl in den letzten acht Jahren durch den freiwilligen gemeinsamen Ausbildungspakt zwischen den Wirtschaftskammern, der Arbeitsagentur und der Landesregierung über 77.000 Ausbildungsverträge neu geschlossen wurden und damit eine ausreichende Versorgung mit Lehrstellen gegeben war. Hinzu kommen Forderungen nach zusätzlichen steuerlichen Belastungen seitens der SPD und der Enteignung von Familienunternehmen seitens der Linken. Damit schafft rot-rot ein wirtschaftsfeindliches Klima und setzt den guten Ruf, den sich das Saarland inzwischen als Wirtschaftsstandort erarbeitet hat, leichtfertig aufs Spiel.
 - **Bergbau ohne Rücksicht auf Verluste:** Die vereinigte Linke hat nichts aus dem schweren Grubenbeben vom Februar 2008 gelernt. Trotz offenkundiger Gefahren für Leib und Leben will sie den Bergbau im Saarland weiterführen – sogar über das Jahr 2018 hinaus. Dabei hat selbst die RAG erklärt, dass ein Weiterbetrieb über 2012 hinaus wegen der Erdbebengefahr technisch, wirtschaftlich und rechtlich nicht mehr zu vertreten sei. Anstelle eines sozialverträglichen Auslaufens ohne betriebsbedingte Kündigungen wollen SPD und Linke den Bergbau – trotz hoher Risiken und fehlender Wettbewerbsfähigkeit – mit teuren Subventionen künstlich am Leben halten. Das heißt: Es droht auch hier der Rückfall in alte Subventionsmentalität und

das krampfhaftes Festhalten an altindustriellen Strukturen. Hinzu kommt: Bei einer Wiederaufnahme der Förderung in der Primsmulde würden Gefahren für Leib und Leben der Menschen in Kauf genommen. Dies ist schlicht verantwortungslos.

- **Schuldenmacherei statt Schuldenverbot:** In ihren Wahlprogrammen versprechen SPD und Linke jedem alles – machen aber keinerlei Angaben zur Finanzierung. Bezeichnend ist, dass in den Programmen beider Parteien kein einziger Satz darüber zu finden ist, wie das strukturelle Haushaltsdefizit und die Verschuldung des Landes zu überwinden sind - beides Probleme, die wir von der SPD-Vorgängerregierung geerbt haben. Denn: Noch heute zahlen wir die Zinsen für Lafontaines Schulden. Dass die vereinigte Linke kein Interesse an verantwortungsvoller Haushaltspolitik und am Sparen hat, zeigt aber nicht nur die Ausgabenwut ihrer Programme. SPD und Linke haben sich klar gegen die Einführung einer verfassungsrechtlichen Schuldenbremse ausgesprochen – sie wollen weiter Schulden machen. Ohne eine solche Verfassungsänderung gibt es jedoch keine Entschuldungshilfen des Bundes zur Überwindung des strukturellen Haushaltsdefizits. Geht es nach Rot-Rot, schlägt das Saarland ganze 2,34 Milliarden Euro an Bundeshilfen aus. Geld, das dann fehlt für Schulen, Familien, Polizei und andere landespolitische Aufgaben. Wer Schuldenbremsen ablehnt, will Politik auf Pump zu Lasten nachfolgender Generationen machen.
- **Rückkehr zu einem leistungsfeindlichen Schulwesen:** Die vereinigte Linke plant den bildungspolitischen Einheitsbrei auf niedrigem Niveau. Bereits in der Vergangenheit waren SPD und Lafontaine mit dem Abbau von über 1000 Lehrerstellen bei steigenden Schülerzahlen für den schlimmsten bildungspolitischen Kahlschlag in der Geschichte des Saarlandes verantwortlich. Wenn Rot-Rot im Saarland regiert, dann verwandeln SPD und Linke unsere Grundschulen in eine andere Form von Kindergärten: Schulnoten werden abgeschafft, Sitzenbleiben wird faktisch unmöglich und die Schuleingangsstufe kann bis zu drei Jahre dauern. Die linke Bildungsphilosophie kennt weder Fordern noch Fördern. Für differenzierte Bildungsangebote ist kein Raum. Deshalb wollen die Linken die Gymnasien abschaffen und dafür sogar die Landesverfassung ändern. Stattdessen sollen alle Kinder in einer Einheitsschule bis zur Klassenstufe 8 zwangsweise zusammen unterrichtet werden. Damit werden die starken Schüler unterfordert und die schwachen Schüler überfordert. Die von der SPD geplante Abschaffung der Schullaufbahneempfehlung soll den Weg für diese Einheitsschule und die Überwindung des gegliederten Schulsystems ebnen.
- **Politisierung des Rechts:** Die vereinigte Linke plant eine Aushöhlung des Wahlrechts als Bürgerrecht: Wenn Rot-Rot an die Regierung käme, sollen auch Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger zunächst bei Kommunalwahlen stimmberechtigt werden. Bei öffentlichen Ausschreibungen droht zudem eine willkürliche und politisch motivierte Vergabepaxis: Wenn Rot-Rot an die Regierung käme, sollen öffentliche Auftragsvergaben an Fragen wie

Lohnhöhe und Ausbildungsplatzzahl sowie an Gleichstellungskriterien geknüpft werden. Wenn aber nicht mehr Preis und Qualität den Ausschlag geben, sind die Steuerzahler und die kleinen und mittleren Unternehmen die Verlierer. Kurswechsel auch in der Asylpolitik: Unter einer rot-roten Landesregierung soll die zentrale Aufnahmestelle für Asylsuchende in Lebach geschlossen und die Asylbewerber unmittelbar auf alle saarländischen Kommunen verteilt werden. Statt Unterkunft und Sachleistungen soll es künftig auch bei ungesichertem Aufenthaltsstatus pauschale Geldzahlungen von Anfang an geben.

- Lafontaine und Maas ignorieren die Herausforderungen des Strukturwandels und werfen mit ihrer Subventionsmentalität unser Land um Jahre zurück. Mit Rot-Rot wird es im Saarland ein wirtschaftsfeindliches Klima geben, das Ansiedlungen und Investitionen verhindert, Arbeitsplätze kostet und saarländischen Unternehmen und Betrieben schadet – vor allem dem Mittelstand. Bei Wachstum und Beschäftigung wird das Saarland zurückfallen. Mit ihrem Nein zu einem Schuldenverbot in der Verfassung ebnen SPD und Linke den Weg in eine ungezügeltere und verantwortungslose Schuldenpolitik zu Lasten zukünftiger Generationen. In der Bildungspolitik wollen die Linken zurück zu alten ideologischen Grabenkämpfen und Gleichmacherei statt Chancengerechtigkeit. Deshalb sagen wir: Unser Saarland hat Besseres verdient als Rot-Rot. Rot-Rot würde unser Land ins Abseits führen und die Erfolge der vergangenen Jahre zunichte machen. Deshalb muss ein rot-rotes Bündnis verhindert werden.

2.2. Zukunftsperspektiven 2020 – Leitlinien einer erfolgreichen Landespolitik

- Die CDU Saar will nach erfolgreicher Bewältigung der aktuellen weltweiten Wirtschaftskrise – mit Peter Müller als Ministerpräsident – den 1999 begonnenen Aufstiegskurs weiter fortsetzen. Wir wollen den Strukturwandel im Land weiter vorantreiben. Wir wollen moderne und sichere Arbeitsplätze in der Industrie, im Handel und im Handwerk sowie in der Dienstleistungsbranche anbieten. Wir wollen attraktive Schul-, Studien- und Ausbildungsbedingungen bereitstellen. Und wir wollen, dass junge Menschen und Familien das Saarland als lebens- und liebenswerte Region mit Zukunft wahrnehmen. Unter unserer Führung wird das Saarland eine sichere Zukunft als eigenständiges Bundesland haben. Wir haben auch zukünftig viel mit dem Saarland vor – und wollen bis zum Jahr 2020 vor allem Folgendes erreichen:

- **Leitziel 1: Das Saarland - Deutschlands wirtschaftliche Top-Region!**

- ✓ Unter unserer Regierungsverantwortung wird das Saarland bis 2020 gemeinsam mit den süddeutschen Bundesländern zur Spitzengruppe der Wirtschaftsregionen in Deutschland gehören. Wir werden die Wettbewerbsfähigkeit der Innovations-, Produktions- und Vertriebsbedingungen

der Unternehmen in einem Maße steigern, dass wir – in Verbindung mit passgenauer arbeitsmarktpolitischer Flankierung - das Ziel der Vollbeschäftigung im Saarland erreichen. Wir wollen weiterhin jedem ausbildungsbereiten und ausbildungsfähigen Jugendlichen ein Ausbildungsangebot machen. Und wir wollen allen Arbeitslosen über 55 Jahre ein Beschäftigungs- bzw. Qualifizierungsangebot unterbreiten. Wir werden unseren jetzt schon vorhandenen Spitzenplatz in der industriellen Produktivität auch auf den Bereich von Handel, Handwerk und Dienstleistungen ausdehnen, um so zu einem der produktivsten Wirtschaftsstandorte in ganz Deutschland zu werden. Wir wollen die Zahl der jährlichen Gewerbeanmeldungen um 30 Prozent steigern, um die noch vorhandene Selbständigenlücke zu schließen und durch mindestens 100 neue Ansiedlungen weitere Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen.

- ✓ Das Ziel der Vollbeschäftigung verfolgen wir auch durch die systematische Erschließung neuer Wachstumsbranchen. Unser Land wird bis 2020 das Image einer Top-Region der Innovation haben. Das Saarland wird zu Europas Informatikzentrum Nr. 1 und sich weltweit als „Nano-Valley“ präsentieren. Nirgendwo sollen wissenschaftlich-technologische Entwicklung, Produktanwendung und wirtschaftliche Wertschöpfung so effektiv miteinander verkettet sein wie in der Innovationsregion Saarland. Um unser durchschnittliches Wachstumsziel von 3 Prozent pro Jahr zu erreichen, wollen wir unsere schon jetzt hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit als technologisch hochentwickelter und hochproduktiver Industriestandort weiter steigern; auf der Basis dieser Wachstumsziele, eines restriktiven Haushaltsvollzuges sowie der Entschuldungshilfen in Höhe von 2,34 Mrd. Euro werden wir zudem das verfassungsmäßige Verbot neuer Schuldenaufnahmen bis zum Jahr 2020 erfüllen.
- ✓ Schon heute sprechen viele Gründe – günstige Lebenshaltungskosten und gutes Wohnraumangebot, hohe Lebensqualität und hervorragende Verkehrsverbindungen – für das Saarland als Lebens- und Arbeitsraum. Starkes Wachstum, überdurchschnittliches Ausbildungs- und Gründungsklima sowie exzellentes Hochschul- und Schulangebot werden im nächsten Jahrzehnt das Saarland zu einem der attraktivsten Standorte für Investoren, Existenzgründer sowie für Fach- und Führungskräfte machen. Das Angebot hervorragend qualifizierter und überdurchschnittlich motivierter Arbeitnehmer soll auch im Jahr 2020 ein Markenzeichen des Saarlandes sein. Jedem Investor und Unternehmensgründer, der bei Behördenfragen und Förderanträgen die Unterstützung wünscht, werden wir einen persönlichen „Lotsen“ zur Verfügung stellen. „Land der kurzen Wege“ – dies wird ein Erkennungsmerkmal unseres Landes sein und bleiben.
- ✓ In den letzten 10 Jahren ist es gelungen, auch hoch qualifizierten jungen Menschen attraktive Jobs im Saarland anbieten zu können. Bis 2020 wollen wir das Saarland zum attraktivsten Standort für junge Menschen machen. Wir wollen, dass das Saarland zum Zuwanderungsland für die Familienleistungsbereiten und qualifizierter junger Menschen wird.

- **Leitziel 2: Land der unbegrenzten Aufstiegs- und Bildungschancen!**
- ✓ Wir werden das saarländische Schulwesen bis 2020 zu einem bundesweit anerkannten Musterbeispiel bestmöglicher Bildungs- und Ausbildungsbedingungen für junge Menschen machen – und zwar unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Deshalb werden wir bei den Ausgaben des Landes für das Schulwesen - trotz sinkender Schülerzahlen - keine Einsparungen vornehmen. Wir werden die demographische Rendite im Bildungssystem belassen und die Bildungsausgaben bis 2015 auf 10 Prozent des BIP steigern. Bildung beginnt für uns bereits im Kindergarten. Es ist gerade im Sinne von Kindern aus bildungsfernen Familien, so früh wie möglich dort Bildungs- und Förderungsdefizite auszugleichen. Wir werden alle dem Land zur Verfügung stehenden Bildungsressourcen ausschöpfen, um die mittlerweile fast bereits halbierte Schulabbrecherquote von 6,9 Prozent noch einmal zu halbieren. Die bereits heute überdurchschnittliche Studierendenquote werden wir weiter erhöhen und dabei Kinder aus bildungsfernen und sozial schwächeren Schichten berücksichtigen. Wir können und wollen auf kein Talent verzichten. Die Zahl der Studienabbrecher wollen wir um zwei Drittel verringern, die Studienzeiten verkürzen und das Saarland als Land „exzellenter Lehre“ an allen Hochschulen profilieren.
- ✓ Wir machen unsere Schulen bis zum Jahr 2020 schrittweise zu organisatorisch selbstständigen Einrichtungen mit weitgehender Personal- und Budgethoheit. Zur Einhaltung verbindlicher Qualitätsstandards werden wir für alle Schulen ein verbindliches Gütesiegel entwickeln, um Transparenz über Leistungen und Angebote der Schulen zu schaffen. Die Schulen werden im Sinne eines abgestimmten sozialraum-orientierten Konzeptes untereinander kooperieren und sich eng mit regional ansässigen Unternehmen, Vereinen und kommunalen Behörden (Jugendhilfe, Sozialarbeit, Polizei etc.) vernetzen. Jeder Schüler im Saarland wird auch in Zukunft wohnortnah und in unterschiedlichen Zeitkorridoren den angestrebten Schulabschluss erwerben können. Wir schaffen ein Höchstmaß an Wahlfreiheit und Durchlässigkeit in unserem Schulsystem. Dies gilt sowohl für unterschiedliche Bildungsgänge als auch für die schulischen Betreuungsangebote. Der Grundsatz „kein Abschluss ohne Anschluss“ wird konsequent umgesetzt.
- ✓ Wir werden unser Land zum familienfreundlichsten Bundesland machen. Mit einem eng geknüpften Netz an Betreuungsangeboten werden wir jungen Paaren, die sich für Kinder als Bestandteil der eigenen Lebensplanung entscheiden möchten, unterstützen. Dabei werden wir insbesondere die frühkindliche Förderung stärken und die Nachmittagsbetreuung auch in den Ferien gewährleisten. Wir haben heute die am besten ausgebildete Frauengeneration aller Zeiten, ohne dass deren qualifikatorisches Potenzial bisher ausreichend berücksichtigt und gleichberechtigt honoriert wird. Wir möchten, dass für Eltern die Möglichkeit selbstbestimmter und selbstbewusster Lebensstile nicht im Gegensatz zu einem kinderbezogenen Familienmodell steht; wir werden beide Lebenskonzepte miteinander vereinbar machen und allen Eltern, die berufstätig

sein wollen, ohne auf Familie und Kinderwünsche zu verzichten, passgenaue Arbeitszeit- und Betreuungsmodelle anbieten.

- **Leitziel 3: Modellregion für Lebensqualität und Nachhaltigkeit!**
- ✓ Das Saarland soll Vorzeigeregion für saubere und unabhängige Energieversorgung werden. In den letzten zehn Jahren ist der Anteil der Erneuerbaren Energien mit unglaublicher Dynamik gewachsen; die installierte Leistung bei Windenergie um das zehnfache, bei Photovoltaik sogar um das 55-fache. Bis 2020 werden wir den Anteil erneuerbarer Energien von 208 MW auf 800 MW erhöhen. Diesen Weg gehen wir kontinuierlich weiter – ohne die ökologische Verträglichkeit und die Belange der Menschen aus dem Auge zu verlieren. Wir setzen insbesondere auf „Repowering“ und Leistungsoptimierung bestehender Anlagen. Daneben setzen wir aber auch auf neue Technologien wie die größere Nutzung von Geothermie. Wir werden Eigenproduktion von Strom und Wärme auf der Basis regenerativer Energieträger und dezentraler Energieerzeugungsanlagen mit finanziellen Anreizen fördern und Genehmigung bzw. Anschluss kleiner dezentraler Blockheizkraftwerke als Stromtechnologie der Zukunft so weit wie möglich erleichtern. Gleichzeitig werden wir Maßnahmen energetischer Sanierung in Privathaushalten und öffentlichen Gebäuden, in industriellen und gewerblichen Objekten massiv fördern; durch konsequentes Energiemanagement, insbesondere im öffentlichen Bereich sowie durch gezielte Investitionsanreize werden wir im Saarland im Vergleich zu anderen Bundesländern die Energieeffizienz signifikant erhöhen. Wir streben die energetische Sanierung aller Gebäude des Landes bis 2020 an. Wir wollen das Saarland zu einem Vorzeigeland der Energieeffizienz und -einsparung machen.
- ✓ Zentraler Faktor für die Lebensqualität jedes Einzelnen ist seine Gesundheit. Gesundheit bedeutet mehr als die Abwesenheit von Krankheit, Essen bedeutet mehr als Nahrungsaufnahme. Wir werden die Themen Gesundheit, Prävention und Ernährungsbewusstsein zu vorrangigen Aufgabenstellungen in unserem Land machen. Saarländische Produkte sind hochwertig, sicher, gesund und schaffen Arbeitsplätze; deshalb werden wir bis 2020 den mit 10 Prozent schon jetzt bundesweit höchsten Flächenanteil an Ökolandbau auf 20 Prozent verdoppeln. Gesunde Ernährung und gesundheitsbewusstes Verhalten gehören zusammen. Durch gezielte Anreizprogramme werden wir Unternehmen veranlassen, ihre Mitarbeiter zur regelmäßigen Teilnahme an Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen anzuhalten. Die gesundheitsfördernden Wirkungen von Sport und Bewegung wollen wir optimal nutzen.
- ✓ Wir begreifen den demographischen Wandel nicht als unabänderliches Schicksal, sondern als gestaltbare Herausforderung. Zwar sind wir das von Rückgang und Alterung der Bevölkerung am stärksten betroffene westliche

Bundesland; aber: Wir stellen uns dieser Herausforderung, indem wir uns als Modellregion einer demographietauglichen Landespolitik aufstellen. Dazu gehört z.B. die Funktionsfähigkeit dörflicher und städtischer Siedlungskerne; um deren Vitalität zu stärken und weiterer Zersiedlung in Randbereichen entgegenzuwirken, werden wir ein spezielles Förderprogramm (Leerstands-beseitigungsprämie) auflegen, das Ankauf, Abriss sowie Wiederverwertung bzw. Weiterverkauf leerstehender und verfallender Gebäude ermöglicht.

- ✓ Demographiefeste Landespolitik beinhaltet auch eine neue Qualität der Integration und Offenheit gegenüber Zuwanderern. Schon heute stehen wir bei der Bildungsintegration ausländischer Mitbürger auf einem Spitzenplatz (IW Köln, Integrationsmonitor 2009). Deshalb soll das Saarland zu einer Region mit beispielhafter Fremdenfreundlichkeit werden. Wir wollen die kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Potenziale von Zuwanderung als Bereicherung in besonderer Weise anerkennen und nutzen; gleichzeitig erwarten wir aber auch von den Zuwanderern umfangreiche aktive Integrationsleistungen, um so eine positive Sozialprognose zu ermöglichen und abgeschottete Parallelwelten zu verhindern. Unser Integrationsengagement gilt insbesondere den ausländischen Studentinnen und Studenten an den saarländischen Hochschulen; diese weisen schon heute bundesweit den höchsten Ausländeranteil auf.
- ✓ Das Saarland ist ein lebens- und liebenswertes Land. Es ist geprägt durch überschaubare Strukturen, vielfältige kulturelle und sportliche Angebote sowie durch ein hohes Maß an ehrenamtlichem Engagement und sozialem Zusammenhalt. Das Saarland ist Heimat für viele Menschen, die sich hier willkommen und aufgehoben fühlen. Damit dies so bleibt, werden wir für gleichwertige Entwicklungschancen im städtischen und ländlichen Raum sorgen. Die Spitzenstellung des Landes im Bereich des Ehrenamtes werden wir weiter ausbauen. Die vielfältigen Vereins- und Verbandsstrukturen des Landes werden wir unterstützen und stabilisieren. Wir streben beste kulturelle und sportliche Angebote in Spitze und Breite an. Je größer die globale Vernetzung, desto wichtiger werden für die Menschen regionale Verwurzelung und kulturelle Identität. Wir werden dafür sorgen, dass die regionale Identität des Landes sich weiter festigt und das Saarland ein Land mit hervorragender Lebensqualität ist.
- Mit Peter Müller als Ministerpräsident werden wir unsere föderale Eigenständigkeit sichern und die Position des Saarlandes als eines der erfolgreichsten deutschen Bundesländer ausbauen. Natürlich wissen auch wir: Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise ist schon jetzt die größte ökonomische und soziale Belastung seit Bestehen der Bundesrepublik, sie wird auch unseren Arbeitsmarkt und die exportorientierte Saarwirtschaft mit voller Wucht erfassen. Wir setzen aber auf das große Potenzial unseres Landes, auf Leistungsfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein und Zusammengehörigkeitsgefühl der Saarländer. Mit diesen Qualitäten haben wir schon manche Krise in unserem Land gemeistert, mit ihnen werden wir auch diese Krise meistern und das Saarland in eine gute Zukunft führen.

3. Starke Wirtschaft - starker Arbeitsmarkt - starkes Land!

3.1 Kompetenz und Verlässlichkeit in Zeiten der Krise:

- Das Erreichen der drei zentralen Leitziele bis zum Jahre 2020 setzt voraus, dass – wie überall in Deutschland und weltweit – die derzeitige Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise erfolgreich bewältigt wird und unser Land gestärkt aus diesem gravierenden Konjunkturreinbruch hervorgeht. Keine Frage: Diese Krise wird viele Bereiche unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens negativ beeinflussen; eine besondere Schwere erhält sie zudem durch das gleichzeitige Zusammenwirken mit weiteren politischen Kernaufgaben wie die Bewältigung der negativen Bevölkerungsentwicklung und die notwendige Rückführung der öffentlichen Verschuldung. Im Interesse nachkommender Generationen werden wir auch diesen fundamentalen Aufgaben einer verantwortungsvollen Landespolitik nicht aus Angst vor unpopulären Entscheidungen ausweichen, sondern uns diesen Herausforderungen stellen.

- Wir haben entschlossen gehandelt und mit einem eigenen Konjunkturprogramm der Krise den Kampf angesagt. Dabei gehen wir mit unserer Strategie zur konjunkturellen Stützung der Saarländischen Wirtschaft weit über das gemeinsam vom Bund und den Ländern geschnürte 50-Milliarden-Euro-Konjunkturprogramm hinaus, obwohl dieses bereits eine beträchtliche Eigenbeteiligung des Landes vorsieht:
 - Im Saarland hat die CDU-geführte Landesregierung zusätzlich eigene Maßnahmen beschlossen, die - zusammen mit dem Bund-Länder-Programm - einen eigenen Konjunkturpakt Saar bilden und die ein umfangreiches Bündel von zeitnahen Investitionen in Bildung und Infrastruktur vorsehen. Dabei fließen die geplanten Investitionen in der Hauptsache in die Kommunen: Mit insgesamt 128,6 Millionen Euro kommen 75 Prozent der Investitionssumme unmittelbar den Kommunen zugute. Das Saarland gehört damit zu den Bundesländern, die sich für eine besonders kommunenfreundliche Mittelaufteilung entschlossen haben.
 - Damit das Programm möglichst schnell greift, sollen die geplanten Investitionen von Land und Kommunen zeitnah umgesetzt werden und ein zusätzliches Engagement darstellen. Dabei fließen die Investitionen zu 65 Prozent in den Bildungssektor und zu 35 Prozent in die Verbesserung der Infrastruktur. Auf diese Art werden nicht nur konjunkturstimulierende Effekte erzeugt; vielmehr wird auch gewährleistet, dass die jetzt investierten Mittel zur nachhaltigen Verbesserung der Umwelt- und Lebensqualität beitragen.

- Bei der Planung arbeiten wir partnerschaftlich mit den Kommunen zusammen: wir haben ein Antrags- und Entscheidungsverfahren festgelegt, in das die Kommunen über den Städte- und Gemeindetag und den Landkreistag eng eingebunden sind. Darüber hinaus werden die Kommunen hinsichtlich der Auswahl und der Beantragung der einzelnen Projekte in intensiven Gesprächen von der Landesregierung unterstützt. Das Ergebnis: Bereits Ende April war die Auswahl der Einzelmaßnahmen getroffen. Kein anderes Bundesland war in der Umsetzung so schnell wie das Saarland.
 - Nach den Vorgaben des Bundes müssen die Kommunen für jedes Projekt einen 25 Prozent Eigenfinanzierungsanteil erbringen. Das hieße jedoch: Bei starrer Anwendung dieser Regel kämen finanzstarke Kommunen eher in den Genuss der Förderung als finanzschwache. Um dies zu verhindern, hat die CDU-Landesregierung 10% der gesamten Fördermittel in einen Ausgleichsfond gelegt, um bei finanzschwachen Kommunen den Eigenanteil auf bis zu 5 Prozent absenken zu können. Schließlich sollen die Fördermittel gerade dort zum Tragen kommen, wo ein besonders dringender Handlungsbedarf besteht.
 - Darüber hinaus hat die Landesregierung Sonderregelungen zur leichteren Finanzierung des Eigenanteils geschaffen. So wurde der ansonsten eingeschränkte Kreditrahmen für defizitäre Kommunen erweitert. Auch wurden die haushaltsrechtlichen Bestimmungen dahingehend verändert, dass defizitäre Kommunen nicht allein wegen der Finanzierung ihres Eigenanteils an den Konjunkturmaßnahmen einen Haushaltssanierungsplan aufstellen müssen. Auch ist auf diese Art gewährleistet, dass das Konjunkturpaket die Schere zwischen reichen und armen Gemeinden nicht noch vergrößert.
- Alles in allem werden allein durch das Bund-Länder-Programm im Saarland in diesem und im kommenden Jahr 474 Projekte umgesetzt. 363 davon fallen auf die Gemeinden, 111 auf die Gemeindeverbände. Darunter sind Erneuerungs- und Modernisierungsmaßnahmen an 185 Schulen mit einem Volumen von über 95 Millionen Euro und an 34 Kinderbetreuungseinrichtungen mit einem Volumen von 6,7 Millionen Euro. Insgesamt 60 Millionen Euro fließen in Maßnahmen der kommunalen Substanzerhaltung, der energetischen Gebäudesanierung, des Städtebaus, des Denkmalschutzes, der Dorfentwicklung und des Lärmschutzes. Noch nie in der Geschichte des Saarlandes wurde ein Maßnahmenpaket von gleichem Volumen und gleicher Breite in der gleichen Geschwindigkeit umgesetzt. Das zeigt: Die Landesregierung hat ihre Handlungsfähigkeit und Managementkompetenz bei der Krisenbewältigung eindrucksvoll unter Beweis gestellt.
- Bei der Umsetzung des Konjunkturpaketes werden die von der Landesregierung beschlossenen Verfahrenserleichterungen zu wesentlichen Beschleunigungen führen. Wir werden auf Grund der dabei gemachten Erfahrungen prüfen, ob diese Erleichterungen der Vergabe und Umsetzung von Baumaßnahmen dauerhaft beibehalten werden.

- Ungeachtet aller aktuellen landespolitischen Maßnahmen stellt sich die Frage, welche Konsequenzen wir generell aus den Erfahrungen der Krise ziehen. Für die CDU Saar steht fest: Die Krise beweist, dass Märkte nicht dauerhaft sich selbst überlassen werden. Das Fehlen einer Ordnungsrahmens für die internationalen Finanzmärkte verbunden mit der Vorstellung, Wohlstand dauerhaft auf Pump finanzieren zu können und hemmungsloses Profitstreben haben die gegenwärtige Krise verursacht. Dies darf sich nicht wiederholen. Deshalb werden wir uns für eine künftige Finanzordnung einsetzen, die den Grundsätzen Sozialer Marktwirtschaft entspricht: Markt allein schafft keine Gerechtigkeit. Markt braucht Ordnung. Dazu zählt das Verbot von Leerverkäufen, die Beschränkung des Handels auf zertifizierte Derivate, erhöhte Eigenkapitalanforderungen und die Neureglung des Handelns von Rating-Agenturen. Steueroasen dürfen nicht geduldet werden. Staatshilfen sollten grundsätzlich durch Bürgschaften und Garantien und nicht durch Beteiligungen erfolgen. Sie haben den Kriterien der Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit zu entsprechen. Zum Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft gehört ebenso, dass eine Staatsbeteiligung zur Wiederherstellung funktionierender Märkte und zum Erhalt systemrelevanter Marktteilnehmer mit einer Strategie zum Rückzug des Staats aus den Unternehmen verbunden sein muss. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Im Gegenteil: Wenn der Staat seine Leistungsfähigkeit zur Intervention in Zeiten der Krise bewahren will, darf er sich nicht mit Einzelrettungen übernehmen. Gefordert sind insbesondere die wirtschaftlichen Eliten: Bonusregelungen haben sich am langfristigen Unternehmenserfolg zu orientieren, die Zahl der Aufsichtsratsmandate ist zu beschränken und der Wechsel Vorstand-Aufsichtsrat darf erst nach einer angemessenen Karenzzeit möglich sein. Bei Managergehältern ist ein Höchstmaß an Transparenz geboten. Ihre steuerliche Absetzbarkeit ist auf eine Million Euro zu begrenzen.

3.2 Abbau der Staatsverschuldung durch Schuldenverbot:

- Die Finanzpolitik des Saarlandes war in den zurückliegenden neun Jahren von Sparsamkeit und dem Bemühen um Haushaltskonsolidierung geprägt. Die jahrelangen und zum Teil gravierenden Einnahmeausfälle führten - unter Berücksichtigung unserer Haushaltsnotlagesituation - zu einem restriktiven Haushaltsvollzug. Das Ergebnis: Während von 1999 bis 2007 die Ausgaben aller westdeutschen Flächenländer um 12,9 Prozent stiegen, gab es im Saarland im gleichen Zeitraum lediglich einen Anstieg um 3,5 Prozent - und dies bei jährlichen Investitionsquoten, die immer über dem Länderdurchschnitt lagen. Dies forderte zum Teil harte Einschnitte; aber: Die dadurch geschaffenen Spielräume ermöglichten es uns, nach dem Grundsatz „Sanieren und Gestalten“ Akzente dort zu setzen, wo es um die Entwicklungspotenziale unseres Landes ging.
- Die Konjunkturpakete des Bundes und das Konjunkturprogramm des Landes verursachen – neben den rezessionsbedingten Steuermindereinnahmen – erheb-

liche Einnahmeausfälle und Ausgabeerhöhungen im Landeshaushalt; dies hat bereits zu einem Nachtragshaushalt geführt und wird zwangsläufig auch eine erheblichen Ausweitung der Netto-Neuverschuldung zur Folge haben. Dieser Anstieg der Haushaltsdefizite von Bund und Ländern ist angesichts der derzeitigen Wirtschaftskrise ohne jede Alternative. Er muss jedoch ein singuläres Ereignis bleiben. Gerade jetzt kommt es darauf an, die finanzielle Entwicklung der öffentlichen Haushalte nach Bewältigung der Krise im Auge zu behalten. Gerade jetzt brauchen wir im Sinne der Generationengerechtigkeit feste Regeln zur Begrenzung und Vermeidung öffentlicher Schulden.

- Die CDU Saar begrüßt daher die parteiübergreifend von Bund und Ländern getroffenen Vereinbarungen der Föderalismuskommission II, die staatlichen Haushalte zu konsolidieren und die öffentliche Verschuldung durch Festschreibung einer Schuldengrenze zu stoppen. Die Länder sollen danach ab dem Jahr 2020 einen in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Haushalt vorweisen. Zum Erreichen dieses Zieles erhält das Saarland im Zeitraum 2011 bis 2019 Konsolidierungshilfen von 2,34 Mrd. Euro, das sind jährlich 260 Mio. Euro. Bei wieder guter Wirtschaftsentwicklung und bei weiter sparsamer Haushaltsführung werden wir es auf der Basis dieser Konsolidierungshilfen schaffen, im Jahr 2020 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Auf diese Hilfen zu verzichten und immer weiter Schulden anzuhäufen, ist abwegig. Wer dies fordert, will Politik auf Kosten nachfolgender Generationen machen.
- Die Verabredung, in einem überschaubaren Zeitraum strukturell ausgeglichene Haushalte ohne Netto-Neuverschuldung zu erreichen, ist ein Meilenstein in der bundesrepublikanischen Finanz- und Haushaltspolitik; es setzt die Beibehaltung sparsamer und restriktiver Haushaltsführung voraus. Gegenwärtig ist im Jahr 2010 im Saarland mit einem strukturellen Defizit von rund 600 Mio. Euro zu rechnen. Um dieses Defizit bis 2020 kontinuierlich auf Null zu senken, brauchen wir eine konsequent restriktive Ausgabenpolitik bei gleichzeitiger Fortsetzung einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik. Nur auf der Basis wachstumsbedingter Mehreinnahmen ist das Konsolidierungsziel bis 2020 erreichbar.
- Die CDU Saar steht für Wirtschaftsfreundlichkeit und Strukturwandel. Denn: Wirtschaftskraft bringt Steuerkraft. Um die zum Erreichen der Haushaltskonsolidierung im Jahre 2020 notwendigen Steuereinnahmen zu erzielen, brauchen wir einen Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes von knapp 3 Prozent jährlich. Diese Zielvorgabe steht im Einklang mit den Annahmen des Bundesfinanzministeriums, das davon ausgeht, dass allein die Steuereinnahmen im langjährigen Durchschnitt im Gleichschritt mit der Wirtschaft um jährlich 3,25 Prozent wachsen (1,75 Prozent real, 1,5 Prozent Inflationsrate). Die wirtschaftliche Entwicklung des Saarlandes in den letzten zehn Jahren mit einem nominalen Wachstum von knapp 30 Prozent zeigt, dass dieses ehrgeizige Ziel erreichbar ist. Immerhin

verzeichnet das Saarland in den letzten Jahren das höchste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer.

- Die CDU Saar ist bereit und entschlossen, ihren Beitrag zur Bewältigung der aktuellen Krise zu leisten und die Einhaltung der Schuldenbremse durch das Saarland ab dem Jahr 2020 zu garantieren. Hierzu gibt es keine Alternative. Die Fortsetzung der restriktiven Haushaltspolitik und die konsequente Fortsetzung des Strukturwandels sind Voraussetzung für eine Wirtschaftsentwicklung, die die Einhaltung des Defizitabbaupfades erreichen lassen. Auf die Konsolidierungshilfen zu verzichten und immer weiter Schulden anzuhäufen ist gegenüber der nächsten Generation vollkommen unverantwortlich. Die CDU Saar setzt sich dafür ein, den für die Konsolidierungshilfen erforderlichen Staatsvertrag abzuschließen und Artikel 108 der saarländischen Landesverfassung entsprechend anzupassen.

3.3 Verantwortung für Standortqualität und Strukturwandel:

- Um die Auswirkungen von demographischer Entwicklung, notwendigem Strukturwandel und wirtschaftlicher Globalisierung in unserem Land erfolgreich zu bewältigen, müssen wir nicht nur die Lebens-, sondern vor allem die Standortqualität des Saarlandes und seine Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Regionen weiter verbessern. Die Zukunftsentwicklung unseres Landes steht und fällt mit der ausreichenden Bereitstellung von sicheren Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Daher brauchen wir vor allem Wirtschaftswachstum, Ansiedlungen und Investitionen; sie sind die Grundlage für Wohlstand und sichern die hohe Lebensqualität in unserem Land. Berufliche Perspektiven, vor allem für junge Menschen, entscheiden letztlich über die Attraktivität unseres Landes und gewährleisten, dass das Saarland – auch in Zeiten negativer Bevölkerungsentwicklung – zu den Gewinnern im Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte gehört. Wir werden dazu die erfolgreiche Politik des Strukturwandels der letzten Jahre konsequent fortsetzen und ausbauen.
- **Passgenaue Wirtschaftsförderung:** Oberstes Ziel unserer Wirtschaftsförderung ist die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe, die Mithilfe bei der Akquisition neuer Aufträge sowie die Ansiedlung neuer Unternehmen. Die in den letzten Jahren erzielten Ansiedlungserfolge zeigen: Mit unseren Konzepten zur Wirtschaftsförderung liegen wir richtig. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit der entsprechenden Landesgesellschaften mit den Kommunen hat zu einer Vielzahl erfolgreicher Neuansiedlungen, Betriebserweiterungen und Modernisierungsinvestitionen geführt und maßgeblich zur hervorragenden Arbeitsmarktbilanz unseres Landes beigetragen. Diese erfolgreiche Wirtschaftsförderung wollen wir ausbauen.

- **Stetige Verbesserung der Standortpolitik:** Die Standortpolitik der CDU Landesregierung hat in den letzten Jahren wiederholt Bestnoten in zahlreichen Rankings und Analysen unabhängiger Experten erzielt. Unser Erfolgsrezept: Wir verstehen uns als Partner der Saarlwirtschaft; wir setzen voll auf Wirtschaftsfreundlichkeit und Unternehmergeist; wir fördern gezielt Ansiedlungen und Existenzgründungen; wir helfen saarländischen Unternehmern, für hochwertige Produkte neue Märkte in der ganzen Welt zu erschließen. Die Erfolge der vergangenen Jahre sind Ansporn und Verpflichtung zugleich. Unser Ziel: Ein starker, leistungsfähiger Mittelstand sowie ein moderner, dynamischer Industrie- und Dienstleistungsstandort auf technologischem Spitzenniveau.
- Wir haben in den vergangenen Jahren mehrere Initiativen und Programme zur Gründungs- und Wachstumsfinanzierung, zur besseren Eigenkapitalausstattung von Unternehmen sowie Bürgerschaftshilfen erfolgreich auf den Weg gebracht. Gut ist uns aber nicht gut genug: Im ständigen Dialog mit Wirtschaftskammern, Banken und der Wirtschaftsförderung werden wir die einzelnen Maßnahmen passgenau an die sich verändernden Bedürfnisse der Unternehmen anpassen. Trotz Wirtschafts- und Finanzkrise garantieren wir: Wir werden weiterhin in voller Höhe wie bisher Existenzgründer und Unternehmen im Saarland finanziell und organisatorisch unterstützen.
 - Das Saarland braucht für die regionalwirtschaftliche Entwicklungsstrategie ausreichend Gewerbe- und Industrieflächen. Mit dem Masterplan Gewerbe- und Industrieflächen sollen Investoren, die sich im Saarland ansiedeln wollen, auch in Zukunft attraktive, fertig erschlossene und sofort verfügbare Standorte für ihr Unternehmen finden. Damit verbessert das Saarland seine Position im Wettbewerb um die Ansiedlung und Erweiterung von Industriebetrieben und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.
 - Mit der Saarland Offensive für Gründer (SOG) haben wir ein Netzwerk geschaffen, in dem alle in der Gründungsförderung aktiven Kräfte gebündelt werden. Wir wollen erreichen, dass die SOG bis 2020 die Unternehmensnachfolge von über 7000 Mittelständlern durch intensive Betreuung begleitet.
 - Gemeinsam mit den Spitzenverbänden der Saarlwirtschaft werden wir eine eigene Gesellschaft mit dem Namen „Standortmarketing Saar GmbH“ gründen und die Marke „Unternehmen Saarland“ bundesweit etablieren. Mit einem eigenen Betreuungsangebot und gezieltem Dachmarketing werden wir das Land bei Fach- und Führungskräften als attraktiven Standort mit hoher Lebensqualität noch bekannter machen.
 - Wir werden Markterkundungsreisen, die der Erschließung neuer und die Vertiefung bestehender Marktpotenziale für die Saarlwirtschaft dienen, weiter ausbauen. Außerdem werden wir dafür sorgen, dass die Gemeinschaftspräsentationen der Saarlwirtschaft auf internationalen Messen intensiviert werden.

- **Vorfahrt für den Mittelstand:** Der Mittelstand ist die tragende Säule der Saarländischen Wirtschaft. Rund 99 Prozent aller saarländischen Betriebe gehören zum Mittelstand und beschäftigen fast zweidrittel aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Auf Grund des Strukturwandels werden die Arbeitsplätze der Zukunft primär nicht in Großunternehmen entstehen, sondern in kleinen und mittleren Unternehmen. Der Mittelstand ist zudem das Rückgrat der Sozialen Marktwirtschaft: Die klein- und mittelständischen Unternehmen praktizieren ein hohes Maß an sozialer Verantwortung gegenüber ihren Beschäftigten und ihrer Region, den Inhabern geht es nicht um kurzfristige und rücksichtslose Gewinnmaximierung. Deshalb wollen wir als CDU Saar unsere mittelstandsfreundliche Wirtschaftspolitik fortsetzen. Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, die die Erhaltung bestehender Arbeitsplätze und die Entstehung neuer Arbeitsplätze gerade in kleinen und mittleren Unternehmen unterstützt:
- Wir werden das Mittelstandsförderungsgesetz so novellieren, dass öffentliche Aufträge noch mittelstandsgerechter vergeben werden können. Wir lehnen es ab, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sachfremde Gesichtspunkte, z.B. sozialer und ökologischer Natur, gesetzlich festzuschreiben.
 - Wir wollen, dass gute Beispiele Schule machen: Deshalb werden wir einen Mittelstandspreis ausloben, der jedes Jahr mittelständische Unternehmen auszeichnet, die besondere Leistungen – etwa in puncto Umweltschutz, Familienfreundlichkeit oder Innovation – vorzuweisen haben.
 - Wir setzen uns dafür ein, einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz auf Handwerkerleistungen und haushaltsnahe Dienstleistungen einzuführen. Gleiches gilt für Gastronomie und Hotellerie, Arzneimittel und Kinderprodukte.
 - Wir werden die Vernetzung des Handwerks mit der Industrie fördern. Denn gerade kleine Handwerksbetriebe verfügen häufig über ein hohes Innovationspotenzial, es fehlt ihnen aber oft an Möglichkeiten, ihre Ideen in größere Projekte einzubringen. Damit dies nicht so bleibt, werden wir Kooperationsprojekte zwischen kleineren Handwerksbetrieben finanziell fördern und gemeinsam mit den Wirtschaftskammern spezielle Beratungsangebote schaffen.
 - Wir wollen die Kooperation von Klein- und Mittelständischen Unternehmen mit unseren Hochschulen weiter stärken. Der Innovationstransfer von Universität und HTW zu den KMU wird in vielfältiger Weise unterstützt. So wollen wir gemeinsam mit den Hochschulen prüfen, welche Möglichkeiten sie für Fort- und Weiterbildung von Mitarbeitern mittelständischer Betriebe bieten können. Die Attraktivität sog. „hidden champions“, weniger bekannte klein- und mittelständischer Unternehmen, die jedoch sichere, gut bezahlte und aufstiegs-offene Arbeitsplätze anbieten, für junge Akademiker wird häufig unterschätzt. Wir wollen die Zahl der in Begleitung von KMU verfassten Studienabschlussarbeiten steigern und studienbegleitende Praktika in KMU besonders fördern, damit der Austausch zwischen Forschung und Mittelstand gestärkt wird.

- Wir werden klein- und mittelständischen Existenzgründern in den ersten beiden Jahren unbürokratisch innerhalb von 4 Wochen benötigte Erleichterungen z. B. bei der Arbeitsstättenverordnung oder sonstigen Vorschriften erteilen.
 - Die Meisterprüfung im Handwerk hat sich als Ausbildung zur Selbstständigkeit bewährt. Deshalb fordern wir, die Erfahrungen in den Bereichen, in denen auf dieses Erfordernis verzichtet wurde, zu evaluieren und gegebenenfalls die Meisterprüfung wieder einzuführen.
 - Wir sind der Auffassung, dass unternehmerische Initiativen des Staates auf das notwendige Mindestmaß zu beschränken sind. Gleichzeitig erkennen wir an, dass die Daseinsvorsorge ein Kernbestand des Selbstverwaltungsrechts der Kommunen ist und zur Erfüllung dieser Aufgabe auch die Gründung gemischtwirtschaftlicher Unternehmen und die Kooperationen mit privatwirtschaftlichen Organisationen eine Möglichkeit darstellt. Vor diesem Hintergrund wollen wir den § 108 KSVG (Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung) evaluieren und, wenn notwendig, anpassen.
- **Moderne Infrastruktur für ein modernes Land:** Ob im Bereich des Schienen-, des Flug- sowie des Straßenverkehrs – die CDU Saar hat in den vergangenen zehn Jahren der Verkehrsinfrastruktur im Land deutlich verbessert. Das Saarland hat dadurch seine Attraktivität als Standort für Ansiedlungen und Investitionen, als touristisches Ziel sowie als Region mit Lebensqualität und hervorragenden Entwicklungsbedingungen wesentlich gesteigert. Gerade bei der Infrastruktur gilt jedoch: Stillstand bedeutet Rückschritt. Deshalb wollen wir die Infrastruktur weiter verbessern:
- Die CDU Saar wird sich dafür stark machen, die Schienenhochgeschwindigkeitsverbindung Paris-Saarbrücken-Frankfurt weiter auszubauen und nach London weiterzuführen.
 - Die Fahrzeiten auf dem Nordast der ICE/ TGV-Verbindung insbesondere zwischen Saarbrücken und Mannheim müssen deutlich verkürzt werden, um auf Dauer die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Südast nicht zu verlieren.
 - Wir werden uns dafür einsetzen, eine neue Expressbahnverbindung Saarbrücken-Luxemburg einzurichten.
 - Für Bahnlinien entlang der zentralen Verkehrsachsen streben wir einen 20 - 30-Minuten-Takt an.
 - Die Nahe-Strecke ist nach wie vor die wichtigste Verbindung in das Rhein-Main-Gebiet. Wir sprechen uns für die notwendige Ertüchtigung dieser Strecke aus.
 - Die konsequente Sanierung und der bedarfsgerechte Ausbau des Straßennetzes sind uns ebenfalls wichtig. Hierzu zählen die Fertigstellung der Nord-saarlandstraße, die das nördliche Saarland besser an Rheinland-Pfalz und

Luxemburg anbindet, und der durchgängige vierspurige Ausbau der A/8 nach Luxemburg, verbunden mit dem Ausbau des Tunnels „Pellinger Berg“ für den gegenläufigen Verkehr in jeweils einer Tunnelröhre und die Vervollständigung der Aus- bzw. Auffahrt „Orscholz-Wehingen-Wellingen“ in bzw. aus Richtung Luxemburg.

- Wir wollen den vorhandenen Straßenraum durch konsequenten Ausbau des Verkehrsmanagement Saar und der damit verbundenen optimierten Steuerung des Individualverkehrs sowie des ÖPNV effektiv nutzen. Durch einen verbesserten Verkehrsfluss wird die Reduzierung des Flächenverbrauchs und des CO²-Ausstoßes erreicht. Weiterhin können Staus durch vorausschauende aktuelle Informationen an die Verkehrsteilnehmer vermeiden werden.
 - Wir lehnen eine Mehrbelastung durch die Einführung einer Autobahnmaut für PKW kategorisch ab und setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass die Einnahmen aus der LKW-Maut ausschließlich in den Straßenbau investiert werden. Wir setzen uns für eine Rücknahme der Erhöhung der LKW-Maut ein
 - Wir werden den ÖPNV verbessern – besonders in den ländlichen Regionen. Wir werden das System der Nachtbusse und Nacht-Anruf-Sammel-Taxen (A.S.T.) bedarfsgerecht ausdehnen und den grenzüberschreitenden ÖPNV-Verkehr in der Großregion optimieren.
 - Der Ausbau der Moselschleusen muss beschleunigt werden.
 - Für die CDU Saar gehört zu einer modernen Infrastruktur auch ein modernes Telekommunikationsnetz. Unser Ziel: Alle saarländischen Haushalte sollen Zugang zu Breitbandverbindungen haben. Deshalb wollen wir die Verlegung von Glasfaserkabeln mit einem Landesprogramm finanziell unterstützen.
 - Der Flughafen Saarbrücken-Ensheim hat in den letzten Jahren einen einzigartigen Aufschwung genommen. Wir wollen das Angebot im Linien- und Charterverkehr erweitern. Darüber hinaus streben wir im Flughafenumfeld zusätzliche Aktivitäten an. Dies gilt sowohl für unmittelbar flugverkehrbezogene Dienstleistungen wie Wartung und Ausbildung als auch für sonstige wirtschaftliche Betätigungen. Einer Kooperation der Flughäfen in der Region im wechselseitigen Interesse steht die CDU Saar offen gegenüber.
- **Innovation schafft Wohlstand:** Innovation ist der Schlüssel für Wachstum und Beschäftigung. Nur mit einer mutigen Innovationspolitik und der konsequenten Modernisierung unseres Standorts wird das Saarland für den globalen Wettbewerb der Regionen gut aufgestellt sein. Die Voraussetzungen dafür sind gut: Mit der Innovationsstrategie haben wir seit 2001 die Weichen gestellt für eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik; wir haben Kurs genommen auf die Zukunftsmärkte von morgen. Eine ganze Reihe von Spitzeneinrichtungen der innovativen Forschungslandschaft im Saarland transferiert schon heute ihr Wissen erfolgreich in entwicklungssträchtige Wirtschaftsunternehmen. Wir werden diese Innovationsprozesse weiter fördern und das vorhandene Potenzial aktivieren und ausbauen.

- Wir werden die erfolgreiche Innovationsstrategie des Landes weiterentwickeln. Ziel ist es, attraktive Forschungs- und Geschäftsfelder zu besetzen und uns mit Kompetenzschwerpunkten im Sinne einer Nischenstrategie von anderen Wirtschaftsregionen abzuheben. Das Saarland verfügt über ein hochattraktives Innovationspotenzial, insbesondere in den Bereichen Informationstechnologie und Fertigungstechnik, aber auch in den Nano-, Bio- und Medizintechnologien. Ein erhebliches Entwicklungspotenzial besteht darüber hinaus auf dem Gebiet der Sprachforschung und –technologien, der Computerlinguistik und der künstlichen Intelligenz; hier haben sich an der Universität des Saarlandes und in außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den letzten Jahren durch die Förderung der Landesregierung erhebliche Entwicklungsfortschritte ergeben. Diese Forschungsinfrastruktur wollen wir stärken und ausbauen.
- Gerade der Wissens- und Technologietransfer in die Wirtschaft und die Forschungsförderung für saarländische Unternehmen ist ein Kernanliegen der CDU Saar. Wir unterstützen die Unternehmen, neues Forschungswissen für das eigene Unternehmen oder Produkt zu gewinnen. Mit den zwei neuen Förderprogrammen EFI-Programm (Förderung von Entwicklung, Forschung und Innovation) und TPS-Programm (Technologieprogramm Saar) wird die Technologieförderung für Unternehmen nun einfacher und verständlicher. Mit dem EFI- und TPS-Programm gibt es nur noch zwei statt bisher fünf Förderprogramme – obwohl wir weitere Fördermöglichkeiten integriert haben.
- Mit einem neuen Forschungszentrum für Mechatronik und Automatisierungstechnik (ZeMA) schaffen wir zusätzliche Impulse für den Industrie- und Forschungsstandort Saarland. Beide Gebiete gehören – gemessen an Know-how, Innovationskraft und Beschäftigtenzahl – zu den wichtigsten Branchen der Saarländischen Wirtschaft. Aus diesem Grund haben sie in der Innovationsstrategie einen hervorgehobenen Platz. Das Hauptaugenmerk des Zentrums liegt auf einer anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung gemeinsam mit Industriepartnern, auch und gerade mit regionalem Fokus. Das ZeMA wird neue Akzente setzen in den drei Kompetenzfeldern Fluidmechatronik, Fertigungsprozessautomatisierung und Mikromechatronik.
- Wir wollen das Saarland zu einer Modellregion für elektrobetriebene Fahrzeuge machen.
- Eine der wachstumsstärksten Zukunftsbranchen ist die Unterhaltungsindustrie – in Deutschland ist sie jedoch unterentwickelt. Wir von der CDU Saar wollen das Saarland bundesweit zum beachteten Standort für Unternehmen der digitalen Unterhaltung machen. Dazu wollen wir vor allem das innovative Potenzial unserer Informatikbranche nutzen: Wir werden das internationale Masterprogramm Visual Computing an der Universität des Saarlandes aufwerten, die Gründung eines neuen Instituts für Computergrafik und Animation fördern und die Ausgliederung von Unternehmen in diesem Bereich unterstützen.

- Die Allianz „Empower Deutschland – Geniales Saarland“ mit über 500 Mitgliedern hat sich bewährt. Wir werden sie weiter ausbauen und ihre Aktivitäten mit denjenigen der „Saarlandbotschafter“ vernetzen.
 - Wesentliche Instrumente der Innovationsstrategie des Landes sind neben Hochschulen und Forschungsinstituten die Cluster, über die Innovationsprozesse erfolgreich organisiert werden. Wir werden die Cluster ausbauen und stärken. Mit neuen Einrichtungen und Instituten (Automotive Quality Center, Bio Mat Center; AME Lab, Institute for Visual Computing, Pharm Bio Tech GmbH) werden wir zusätzliche Innovationsimpulse generieren und den Anspruch, „Nano Valley Saar“ und ein weltweit führender Informatik-Standort zu sein, untermauern. Im Rahmen der Exzellenz-Initiative des Bundes streben wir ein weiteres Exzellenz-Cluster im Bereich Nano-Bio an.
 - Um Anreize für ein verstärktes F+E-Engagement der Wirtschaft zu setzen, sprechen wir uns für eine Forschungsprämie mit ausgeprägter Mittelstandskomponente und für eine verbesserte steuerliche Anerkennung der F+E-Aufwendungen von Unternehmen aus.
- **Sozialverträgliches Auslaufen des Bergbaus:** Seit den schweren Erderschütterungen vom Februar 2008 ist gewiss: Ein Steinkohlebergbau ist im Saarland (Abbaugbiet Primsmulde) nicht mehr ohne Gefahr für Leib und Leben möglich. Deshalb hat die RAG beschlossen, den Abbau nicht weiter fortzusetzen und somit den Bergbau auslaufen zu lassen. Bis 2012 gibt es einen Restbergbau - in anderen Abbaufeldern und unter strengen Auflagen. Gemeinsam mit der RAG haben wir als CDU Saar erreicht, dass dieser Prozess sozialverträglich durchgeführt wird. Betriebsbedingte Kündigungen wird es nicht geben. Soweit erforderlich, werden Ersatzarbeitsplätze angeboten. Nur eine CDU geführte Landesregierung kann gewährleisten, dass es kein Zurück zu einem riskanten und teuren Bergbau im Saarland gibt. Darüber hinaus hat sich Peter Müller auch auf Bundesebene dafür eingesetzt, dass der Kohlebergbau ohne Strukturbrüche ausläuft. In schwierigen Verhandlungen hat er beim Kohlekompromiss durchgesetzt, dass das Saarland 100 Mio. Euro Strukturhilfe erhält. Wir werden diese Gelder für zusätzliche Maßnahmen des Strukturwandels einsetzen.
- **Kraftwerke auf Auslaufbergbau vorbereitet:** Das Ende des Bergbaus führt im Saarland keineswegs zum Ende der saarländische Kraftwerkswirtschaft. Wir werden dafür sorgen, dass die logistischen Voraussetzungen zur vermehrten Einfuhr von Importkohle geschaffen werden. Gleichzeitig werden wir mit den Unternehmen der Energiewirtschaft den Dialog über die zukunftsfähige Weiterentwicklung und Erneuerung des Energie- und Kraftwerksstandortes Saarland fortsetzen. Hierbei werden wir uns dafür einsetzen, dass im Rahmen der Modernisierung der Kraftwerke auch der Bau von mit Erdgas betriebenen, hoch-effizienten und umweltfreundlichen Gas- und Dampfkraftwerken in die Wege geleitet wird. Wir setzen auf Energieeinsparungen und regenerative Energien. Gleichwohl werden wir noch für viele Jahre auf fossile Energieträger angewiesen

sein. Deshalb wollen wir die Kraftwerkslandschaft des Saarlandes umweltgerecht modernisieren.

- **Tourismus als Wachstumsfaktor:** Unsere Wirtschaftsförderung beinhaltet auch die offensive Positionierung des Saarlandes als Tourismusland, weil wir hierin ein erhebliches Wachstumspotenzial sehen. Damit das Saarland vom Geheimtipp zum erfolgreichen Reiseziel wird, soll mit der Tourismusstrategie des Landes die Positionierung als Urlaubs- und Ausflugsregion weiter ausgebaut werden. Bis zum Jahr 2015 soll die Anzahl der Übernachtungen um 25% gesteigert werden. Zu den profilierten Schwerpunkten Wandern, Radfahren, Städte- und Kulturreisen sowie Messen und Kongresse werden wir passende Marketingkonzepte entwickeln und mit modernen Vertriebsstrategien neue Marktanteile erzielen. Dabei wird uns helfen, dass das Saarland bereits jetzt über das dichteste Netz an Premiumwanderwegen verfügt. Mit der Ansiedlung der Ferienanlage „Sunpark“ am Bostalsee und des Thermalbads und Gesundheitszentrums in Kleinblittersdorf erhält die Tourismuswirtschaft in unserer Region eine völlig neue Qualität. Die daraus resultierenden Chancen müssen wir gemeinsam mit den touristischen Betrieben nutzen; lokale Egoisten dürfen nicht die professionelle Gesamtvermarktung der touristischen Attraktionen unseres Landes behindern.

- **Neue Finanzierungswege in der öffentlichen Versorgung:** Die Leistungen der Ver- und Entsorgung sowie der Bereitstellung und Instandhaltung von Infrastrukturen sind Grundleistungen, die der Staat seinen Bürgern gegenüber gewährleisten muss. Bei der flächendeckenden, bedarfsgerechten und bürgernahen Erfüllung dieser Aufgaben kommt die öffentliche Hand jedoch immer mehr an die Grenzen ihrer finanziellen Belastbarkeit. Deshalb sind öffentlich-private Partnerschaften (Public-Private-Partnerships, PPP) für uns als CDU Saar ein unverzichtbares Instrument einer modernen öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir wollen das Potenzial von öffentlich-privaten Partnerschaften nutzen, sie gleichzeitig aber an strenge Vorgaben binden: Neben dem Nutzen für den Bürger sind für uns Versorgungssicherheit, Qualitätssicherung, Preis-/Leistungs-transparenz und Sozialverträglichkeit die entscheidenden Kriterien.
 - Öffentlich-private Partnerschaften dienen Staat, Wirtschaft und Bürgern. Der Staat kann kostengünstig in neue zukunftsichernde Infrastrukturmaßnahmen investieren, die Wirtschaft profitiert von profitablen Geschäftsfeldern. Die Bürger bekommen - dank gesunkener Kosten - günstigere und schnellere Leistungen. Mit qualitativen Kontrollmaßnahmen stellen wir sicher, dass der Bürgernutzen stets im Vordergrund steht. Dafür werden wir mithilfe eines PPP-Leitbildes genau festlegen, welche staatlichen Aufgabenbereiche als PPP organisiert werden sollen und welche quantitativen, qualitativen und sozialemischen Maßstäbe wir von unseren privaten Partnern erwarten.
 - Um das Potenzial dieser Partnerschaften zu nutzen, werden wir eine zentrale Stabsstelle im Finanzministerium schaffen. Diese Anlaufstelle für Kommunen, öffentliche Verwaltung und private Unternehmen leistet operative Kontrolle

und Begleitung während des ganzen Projektprozesses – von der Planungsphase bis zur abschließenden Bewertung. Der landeseigenen Stabsstelle stellen wir ein Kompetenznetzwerk PPP zur Seite, unter gemeinsamer Trägerschaft von Kommunen und Land und unter Einbeziehung privater Institutionen wie Förderbanken und Projektfinanzierern, Verbänden und PPP-Anbietern.

- Wir werden die Bürger auf allen Ebenen in den Entscheidungsprozess einbinden: Bei der Verlagerung von Aufgaben in privatwirtschaftliche Betriebe sollen öffentliche Anhörungen und gegebenenfalls Bürgerentscheidungen herbeigeführt werden. Wo Leistungen der Daseinsvorsorge von privaten Betrieben oder in Kooperation mit Privaten erbracht werden, sind die Verträge öffentlich auszulegen und die Bedingungen so zu gestalten, dass auch die Risiken wie z.B. der insolvenzbedingte Ausfall der Leistungserbringung abzusichern sind.
- **Für ein leistungsgerechtes Steuerrecht:** Einfach, niedrig und gerecht – diese Anforderungen stellt die CDU Saar an unser Steuersystem. Wir wissen: Von diesem Ideal ist die deutsche Steuerpraxis bislang noch weit entfernt. Deshalb treten wir für eine umfassende Steuerreform ein, die Leistung wieder belohnt und zu einer deutlichen Entlastung der Mittelschicht führt. Wir wissen aber auch: Die Wirtschafts- und Finanzkrise wird zu hohen Steuerausfällen und Mehrausgaben im Bund und in den Ländern führen. Vor diesem Hintergrund gilt für uns:
- Steuersenkungen auf Pump – und damit zu Lasten der jungen Generation – lehnen wir ab. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte muss einer breiten Steuerentlastung vorausgehen. Gleichzeitig wenden wir uns entschieden gegen die Pläne der linken Parteien, durch immer neue und höhere Steuern die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen zusätzlich zu belasten.
 - Um weitere schleichende Steuererhöhungen durch die sogenannte „kalte Progression“ in Zukunft auszuschließen, setzt sich die CDU für eine Anpassung der Steuertarife an die Inflationsrate ein. Wir wollen verhindern, dass künftig Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr Steuern zahlen müssen, obwohl sie real nicht mehr verdienen. Gerade hierdurch kann ein wesentlicher Beitrag zur Entlastung der Leistungsträger in unserer Gesellschaft erfolgen. Sie müssen im Zentrum aller Überlegungen stehen.
 - Wir fordern eine Korrektur derjenigen Teile der jüngsten Unternehmenssteuerreform, die in der jetzigen Krise die ohnehin schon angespannte Ertragslage der Unternehmen zusätzlich belasten. Wir treten dafür ein, dass Zinsaufwendungen, Pachten und Mieten sowie die Gewerbesteuer zukünftig wieder als Betriebsausgaben abzugsfähig sind.
 - Die CDU Saar tritt für eine umfassende Steuerreform ein, die unmittelbar nach Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise in Kraft treten soll. Die Eckpfeiler einer solchen Reform bestehen aus der Erhöhung des Grundfrei-

betrages, der Reduzierung des Eingangsteuersatzes, der Einführung eines Familienrealsplittings und einer Abflachung des gesamten Tarifverlaufs.

- Die Erbschaftssteuerreform muss mit Blick auf Familienunternehmen nachgebessert werden, damit gerade in Krisenzeiten der Erbfall nicht zum Insolvenzrisiko wird.

3.4 Verantwortung für Arbeitsplätze und Zukunftschancen:

- Eine wissenschaftliche Studie der Gesellschaft für Wirtschaftliche Struktur- forschung aus dem Jahr 2007 zeigt: Im Saarland gibt es ein erhebliches Potenzial, die Zahl der Arbeitsplätze in den nächsten Jahren weiter zu steigern. Wir als CDU Saar sind überzeugt, mit den richtigen strukturpolitischen Konzepten und in Verbindung mit demographischen Effekten im Saarland das Ziel der Vollbeschäftigung in der nächsten Dekade erreichen zu können. Mit einem Maßnahmen-Mix aus wirtschafts-, arbeitsmarkt-, bildungs- und sozialpolitischen Instrumenten haben wir bereits die richtigen Weichen für dieses Ziel gestellt:
- **Vereinbarkeit von Familie und Beruf:** Wir werden im Saarland für Frauen, die berufstätig sein wollen, optimale Rahmenbedingungen schaffen. Bis 2020 wollen wir bei der Verbindung von Beruf und individueller Lebensplanung bundesweit Vorbild sein.
 - Wir werden die Gründung von Betriebskindergärten und Tagesstätten fördern: Wir wollen auch mittelständischen Betrieben die Möglichkeit geben, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern betriebseigene Betreuungsmöglichkeiten anzubieten. Wenn mehrere kleine und mittlere Unternehmen gemeinsame Kindertagesstätten und Kindergärten gründen, werden wir sie finanziell fördern. Daneben werden wir prüfen, wie wir die Zusammenarbeit von freien Trägern mit der Wirtschaft fördern können.
 - Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf brauchen wir Betreuungsangebote außerhalb der üblichen Zeiten von Kindertagesstätten. Wir wollen flexible Betreuungsmöglichkeiten in Randzeiten und Notfällen und unterstützen dazu auch privatwirtschaftliche Angebote mit einer Anschubfinanzierung.
 - Wir werden Frauen nach der Elternzeit die Rückkehr in den Beruf erleichtern. Dazu leisten wir kleineren und mittelständischen Unternehmen, die arbeitssuchende Frauen nach der Babypause einstellen, einen Kostenzuschuss zur Schulung und Fortbildung ihrer zukünftigen Mitarbeiterinnen.
- **Jobgarantie für Ältere:** Mit Maßnahmen wie dem Beschäftigungspakt für Ältere ist es uns bereits gelungen, die Beschäftigungsquote bei der Bevölkerung über 55 Jahren von 28,4 Prozent (1999) auf 46,6 Prozent (2007) zu steigern und die Zahl der älteren Arbeitslosen über 55 Jahren um fast Zweidrittel zu senken. Aufbauend auf diesen Erfolg werden wir diese Politik zum Wohle älterer

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fortsetzen und weiter ausbauen. Wir sprechen für ältere Arbeitnehmer eine Jobgarantie aus: Bis 2020 werden wir jedem Arbeitssuchenden über 55 ein Stellenangebot unterbreiten. Unabdingbare Voraussetzung dafür ist, lebenslanges Lernen nicht nur einzufordern, sondern auch zu fördern.

- Wir werden die Unternehmen besser mit den vorhandenen Einrichtungen der beruflichen Erwachsenenbildung vernetzen und dazu eine zentrale Koordinierungsstelle im Arbeitsministerium einrichten. Betriebe, die ihre älteren Arbeitnehmer weiterbilden wollen, erhalten dort alle Informationen aus einer Hand – vom passenden Weiterbildungsangebot bis zur Fördermöglichkeit der einzelnen Maßnahmen.
- Wenn Unternehmen das Potenzial ihrer älteren Arbeitnehmer voll und ganz ausschöpfen wollen, brauchen wir gesundheitsschonende und altersgerechte Arbeitsplätze. Die zentrale Koordinierungsstelle hat deswegen auch die Aufgabe, Betrieben bei der Gesundheitsvorsorge für ältere Arbeitnehmer Hilfestellungen zu leisten. Hierzu ergänzend werden wir vonseiten der Landesregierung direkt im Betrieb kostenfreie Präventionsberatungen anbieten.
- Gerade in Krisenzeiten muss unvermeidbare Kurzarbeit zu beruflicher Qualifizierung genutzt werden. Auf der Basis der verlängerten Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes werden wir vorhandene Ansätze ausbauen und offensiver für sie werben.
- Wir werden als oberste Landesverwaltung beim Gesundheitsschutz für Ältere mit gutem Beispiel voran gehen. Neben einer regelmäßigen Begutachtung der einzelnen Arbeitsplätze werden wir für ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gezielt Angebote zum Gesundheitsschutz schaffen. Dazu werden wir kostenfreie Gesundheits-Checks bei geeigneten Ärzten anbieten und für Präventionsmaßnahmen wie zum Beispiel Rückengymnastik einen Kostenzuschuss zahlen.
- Die von uns gestartete Business Angel Initiative hat bewiesen: Der Erfahrungsschatz älterer Arbeitnehmer sichert Arbeitsplätze. Wir werden deshalb Senioren-Experten einführen, die mit ihren Erfahrungen Lehrgänge an beruflichen Schulen und Institutionen der beruflichen Weiterbildung durchführen und damit ihr Wissen an jüngere Arbeitnehmer weitergeben. Wir zielen hierbei auch auf die technischen Fächer. Jüngere Arbeitnehmer, die ein gutes Verständnis von technischen Zusammenhängen haben, können so den Praxisbezug ihrer Qualifikation verbessern.
- Vor allem mit Blick auf ältere Arbeitnehmer mit besonderen Vermittlungshemmnissen wollen wir die Chancen eines dritten Arbeitsmarktes bedarfsgerecht nutzen.

- **Zukunftsfähige Arbeitsplätze für Jüngere:** Wir wollen den jungen Saarländerinnen und Saarländern hervorragende berufliche Perspektiven bieten. Schon heute hat das Saarland eine der geringsten Jugendarbeitslosenquoten in Deutschland. Wir werden die Jugendarbeitslosigkeit weiter senken und darüber hinaus junge Talente im Land halten. Wir wollen für unsere künftigen Nachwuchskräfte attraktive Arbeitsplätze in Wachstumsbranchen bereitstellen. Dabei haben wir nicht nur große Unternehmen im Blick, sondern auch das Handwerk:
- Wir werden die Ausbildungsbereitschaft der saarländischen Unternehmen weiter steigern. Einem Unternehmen, das erstmals ausbildet, wird die Ausbildungsgebühr für die ersten fünf Auszubildenden erstattet. Wir werden die Ausbildungsgebühr auch dann erstatten, wenn in einem Ausbildungsverbund aus mehreren Unternehmen wenigstens ein Unternehmen erstmals ausbildet.
 - Wir werden uns dafür einsetzen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, denn gute Arbeitsbedingungen zu gewährleisten, betriebliche Gesundheitsförderung sicherzustellen, Arbeitsunfälle zu vermeiden und Berufskrankheiten zu bekämpfen, muss auch in Zeiten der Krise selbstverständlich sein. Dies schützt nicht nur die Beschäftigten, sondern spart den Betrieben und Unternehmen auch unnötige Kosten.
 - Um zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen, müssen innovative Unternehmen im Saarland neue Ideen schneller umsetzen können als in anderen Regionen. Deshalb werden wir noch stärker als bisher junge Unternehmensgründer und Start-Up-Unternehmen dabei unterstützen, ihre innovativen Ideen zu verwirklichen. Damit aus ihren Ideen neue markttaugliche Produkte und Dienstleistungen werden können, werden wir sie bei Forschung und Entwicklung finanziell fördern, beispielsweise durch einen Kostenzuschuss bei der Anmeldung von Patenten.
 - Durch die demographische Entwicklung wird der Ausbildungsmarkt der Zukunft ein Nachfragemarkt sein. Wir werden im Jahr 2020 nicht mehr den Jugendlichen Ausbildungsplätze anbieten müssen, sondern wir werden Unternehmen bei ihrer Suche nach geeigneten Auszubildenden und Nachwuchskräften unterstützen müssen. Dazu werden wir die schulische Ausbildung so ausrichten, dass die Jugendlichen besser auf ihr späteres Berufsleben vorbereitet sind. Wir werden Kooperationen zwischen allgemeinbildenden Schulen mit der Wirtschaft und den Hochschulen schließen, damit die jungen Menschen schon frühzeitig praxisorientierte Schlüsselqualifikationen erwerben können. Wir wollen auch die saarländischen Betriebe dafür gewinnen, an den Schulen Projekte mit praxisorientierten Aufgabstellungen durchzuführen.
 - Auch in Zukunft gilt, jeder Jugendliche soll in unserem Land ein Ausbildungs- oder Qualifizierungsangebot erhalten. Dazu wird der Lehrstellenpakt Saar fortgeführt. Wir wollen uns insbesondere um Jugendliche ohne Abschluss und

Jugendliche mit Migrationshintergrund kümmern. Möglichkeiten modularer Ausbildung sollen verstärkt geschaffen und genutzt werden.

- Der Zugang zu Bildung ist auch in Zeiten der Krise das beste Mittel zur Bekämpfung der Armut. Gemeinsam mit allen Akteuren der Arbeitsmarktpolitik, der Qualifizierung und der Weiterbildung sind die Konzepte für eine sinnvolle Beschäftigungsförderung weiterzuentwickeln. Wir brauchen Maßnahmen, die Brücken in ein Leben ohne Armut bauen. Sinnvolles Fördern von Eingliederungsmaßnahmen und von mehr sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung ist auf den Weg zu bringen. Dies ist letztlich auch nur in Zusammenarbeit mit den Unternehmen, Betrieben und Verwaltungen möglich.
- Tarifautonomie stärken: Der CDU Saar ist Tarifautonomie wichtig. In Branchen, in denen der Wettbewerb auch und besonders mit Anbietern aus dem Ausland zu gesamtgesellschaftlich unerwünschten Ergebnissen führt, muss der Staat regulierend eingreifen. Um Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der einheimischen Bauwirtschaft zu begegnen, hat darum die CDU-geführte Landesregierung bereits im Jahr 2000 eine Tariftreueerklärung für den Hoch- und Tiefbau eingeführt. Saarländische Baufirmen werden so bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nicht benachteiligt. Um die saarländischen Klein- und Mittelbetriebe strukturell zu fördern, wird die CDU Saar prüfen, welche Möglichkeiten für ein saarländisches Tariftreuegesetz im Einklang mit dem europäischen Recht bestehen.

4. Saarland – Land der unbegrenzten Aufstiegs- und Bildungschancen!

4.1 Für ein eng geknüpftes Netz der Kinderbetreuung:

- Wir als CDU Saar wollen eine Gesellschaft, in der Kinder nicht mehr als Armuts- oder Karriererisiko, sondern als Bereicherung und als Bekenntnis zum Leben wahrgenommen werden. Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren zu können, ist – insbesondere mit Blick auf die Lebensperspektiven junger oder alleinerziehender Frauen - nicht nur ein Gebot sozialer Gerechtigkeit, sondern liegt auch im gesamtgesellschaftlichen Interesse. Dazu gehören für uns vor allem kinderfreundliche Kommunen mit ausreichend Spielplätzen sowie verlässlichen und vorbildlichen Kinderbetreuungseinrichtungen. Um unser Ziel, das Saarland im Laufe der nächsten Dekade zu einem Land der unbegrenzten Aufstiegs- und Bildungschancen zu machen, zu erreichen, werden wir für Kinder aus allen sozialen Schichten und insbesondere für Familien mit Migrationshintergrund größtmögliche Chancengleichheit garantieren. Wir werden schon im Kindergartenalter für die notwendigen Sprachkenntnisse und eine optimale Schulvorbereitung sorgen.

- **Kinder- und familienfreundliches Saarland:** Der Bedarf an Kindergärten wird aufgrund der demographischen Entwicklung künftig weiter zurückgehen. Da derzeit nahezu alle Kinder den Kindergarten besuchen, steht nicht der Ausbau, sondern der Umbau der Betreuungsangebote für Kinder im Vorschulalter auf unserer Agenda. Wir wollen Eltern und Familien jedoch keine bestimmte Form der Kinderbetreuung vorschreiben oder sie bevormunden; wir wollen ihnen aber die freie Wahl zwischen familiärer und organisierter Betreuung ermöglichen. Hierbei setzen wir weiterhin auf die unverzichtbare Rolle der Kirchen als Träger von Kinderbetreuungsstätten und damit verbunden auch der Wertevermittlung.
 - Wir sorgen dafür, dass die Zahl der Kinderkrippenplätze im Saarland weiter steigt. Dabei sind wir auf gutem Weg: Wir haben die Versorgungsquote mit Krippenplätzen für Kinder unter 3 Jahren von 6 Prozent im Jahre 2006 auf jetzt 26,4 Prozent gesteigert (Ausbau von 272 auf 477 Plätze in zwei Jahren). Bis zum Jahr 2013 wollen wir eine Versorgungsquote von mindestens 35 Prozent (633 Plätze) erreichen, um ein ausreichendes Betreuungsangebot für junge, insbesondere alleinerziehende und berufstätige Mütter sicherzustellen.
 - Neben der quantitativen und qualitativen Weiterentwicklung bedarfsgerechter Betreuungsangebote wollen wir in gleichem Maße Familien fördern und unterstützen, bei denen sich ein Elternteil für Elternzeit und Kindererziehung entscheidet. Die familiäre Erziehungsleistung hat für uns den gleichen Stellen-

wert wie die institutionalisierte Betreuung und verdient die gleiche ideelle und materielle Anerkennung.

- Wir werden jungen Paaren in unserem Land echte Wahlfreiheit ermöglichen, bei der sie – alleine von den individuellen Bedürfnissen ihres Kindes und ihrer persönlichen, familiären und beruflichen Situation geleitet – frei entscheiden können, ob, wann und in welchem Umfang sie Betreuungsangebote in Anspruch nehmen. Wir werden uns für eine Ausweitung des Elterngeldes einsetzen, damit finanzielle Erwägungen nicht über die Erziehung unserer Kinder entscheiden. Zusammen mit den Trägern unserer Betreuungseinrichtungen werden wir dafür sorgen, dass Betreuungsangebote flexibel und zeitnah zum individuellen Bedarf der Eltern zur Verfügung stehen.
- Wir werden das gebührenfreie letzte Kindergartenjahr zu einem echten Vorschuljahr weiterentwickeln. Eine Vielzahl wissenschaftlicher Studien belegt, dass die Lernbegierde und die Lernfähigkeit von Kindern im Alter von 4 bis 5 Jahren immens hoch sind und die Nutzung dieser ein wesentlicher Punkt in der weiteren intellektuellen Entwicklung des Kindes darstellt. In diesem Vorschuljahr wollen wir Kindern auf spielerische Art und Weise den Zugang zum Lernen ermöglichen. Die Vermittlung von sozialen und kognitiven Fähigkeiten bereits in diesem Alter schafft gerade für Kinder aus schwierigen Verhältnissen gleiche Startchancen im Vergleich zu Kindern aus bildungsnahen Familien. Ziel sollte es sein, den Kindern bereits zur Einschulung spielerisch Grundkenntnisse in Rechnen, Lesen und Schreiben zu vermitteln und Lust auf Lernen zu machen.
- Bei schwierigen Familienkonstellationen brauchen wir ein „soziales Frühwarnsystem“ sowie frühzeitig und präventiv ansetzende Hilfsangebote für Eltern, die in ihrer Erziehungs- und Familienkompetenz überfordert sind. Im Projekt „Keiner fällt durchs Netz“ arbeiten schon jetzt die betroffenen Institutionen wie Jugend-, Gesundheits- und Sozialamt sowie freie Träger zusammen, um passgenaue Hilfsangebote anzubieten. Das von der CDU entwickelte Modell der sozialraum-orientierten Jugendhilfe mit dezentralen Familienberatungszentren sollte flächendeckend ausgedehnt und ausgebaut werden –durch Einbeziehung der Schulen und Vereine und den Ausbau des Netzes engagierter Pflegefamilien und einem gut aufgestellten Pflegekinderdienst.
- Wir setzen uns dafür ein, dass in allen saarländischen Kommunen „Bündnisse für Familien“ entstehen. Wir wollen die Erziehungskompetenz der Eltern durch erweiterte Fortbildungsangebote stärken. Wir werden prüfen, ob die Teilnahme an solchen Kursen mit der Befreiung von Gebühren für Betreuungseinrichtungen kombiniert werden kann.
- Kindergeschrei ist Zukunftsmusik. Deshalb streben wir eine Änderung des Baurechts dahingehend an, dass künftig Nachbarklagen wegen Kinderlärm in KiTas, Kindergärten, Sport- und Spielplätzen keinen Erfolg mehr haben können.

- Wir werden uns auf Bundesebene für familienfreundliche Rahmenbedingungen einsetzen. Dazu zählt:
 - die Bündelung der Familienleistungen in einer Familienkasse,
 - bedarfsgerechte Sätze für Familienleistungen,
 - die Berücksichtigung der Kosten eines warmen Mittagessens in der Schule im Rahmen der Hartz IV-Sätze,
 - die Weiterentwicklung des Ehegatten- zu einem Familiensplitting,
 - die verstärkte Anerkennung von Familienarbeit in den sozialen Sicherungssystemen nicht nur auf der Leistungs-, sondern auch auf der Beitragsseite,
 - familiengerechte Jobs mit familienfreundlichen Arbeitszeiten.
- Kinder und Jugendliche brauchen Freiräume. Deshalb treten wir für ein bedarfsgerechtes Angebot an Jugendtreffs und Jugendfreizeiteinrichtungen auch im Sport- und Kulturbereich ein. Wir werden ein flächendeckendes Angebot an Multifunktionsfeldern in unserem Land schaffen. Im Bereich der Prävention hat das Saarland bundesweit beachtete Initiativen entwickelt (erlebnispädagogisches Zentrum, Wir im Verein mit Dir, Landesinstitut für präventives Handeln). Daneben unterstützen wir Projekte zur Verlängerung von Hallenöffnungszeiten für freie Sportangebote wie sie im Landkreis Neunkirchen in Zusammenarbeit mit Vereinen und Kommunen vom Kreistag beschlossen wurden. Diese Ansätze werden wir ausbauen.

4.2 Für ein vielfältiges, durchlässiges und hochwertiges Schulangebot:

- Höchste Priorität haben Qualität und Breite des Bildungs- und Betreuungsangebotes. Bildung, Betreuung und Kultur sind für uns unverzichtbare Zukunftsinvestitionen. Die CDU-geführte Landesregierung hat mit der Einführung von Bildungskomponenten in der vorschulischen Erziehung, der Grundschulreform sowie zahlreicher Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsqualität bereits einen grundlegenden Paradigmenwechsel in der Schul- und Vorschulpolitik herbeigeführt. Was wir in den nächsten zehn Jahren anstreben, ist eine weitere Optimierung der einzelnen Bildungsangebote, um die Qualität der schulischen Ausbildung vor allem für Kinder aus sozial schwachen Familien und Migrantenfamilien zu steigern. Je erfolgreicher in den nächsten Jahren die Sicherung der Unterrichts- und Betreuungsqualität vorangetrieben wird, umso wahrscheinlicher wird es, dass das Saarland auch in Zeiten rückläufiger Bevölkerungszahlen zu den Gewinnern im Wettbewerb der Regionen gehören wird.
- **Nachhaltige Bildung – Stabiles Fundament:** Bildung bedeutet für uns nicht nur die Vermittlung von reinem Fachwissen. Bildung ist für uns ein umfassender Prozess. Deshalb arbeiten unsere Schulen ganzheitlich an der Herausbildung

von Persönlichkeiten und der Vermittlung von Kulturtechniken als den Grundlagen für gesellschaftliche Teilhabe. Wir wollen, dass alle Schüler einen Abschluss erhalten. Aber dieser Abschluss muss mehr sein als nur ein Stück Papier. Gerade schwächere Schüler wollen wir nicht stigmatisieren, indem wir das Niveau ihrer Ausbildung von vorneherein senken. Wir wollen diese Schüler fördern. Wir glauben an die Fähigkeiten und Möglichkeiten dieser Kinder und daran, dass sie mehr sind als das Produkt ihrer bloßen Lebensumstände.

- An allen saarländischen Schulen werden wir freiwillige Ganztagsangebote mit qualitativ hochwertigem Nachmittags- und Förderangebot und zusätzlichen Lehrerstunden zur besseren pädagogischen Betreuung vorhalten. Wir wollen ein Höchstmaß an Wahlfreiheit für Eltern und Schüler. Bedarfsgerecht wollen wir daher auch die Einrichtung von Ganztagsklassen mit durchgehendem Unterricht und speziellen Betreuungsangeboten an Schulen ermöglichen. Darüber hinaus werden wir die Elternbeiträge für die Freiwillige Ganztagschule im Rahmen der Möglichkeiten weiter bis zur Beitragsfreiheit senken. Überzählige Hortplätze werden wir nach und nach in Ganztagsschulplätze umwidmen, verbleibende Hortplätze können dagegen für sozialpädagogische Betreuung von Kindern mit besonderem Hilfsbedarf aus sozialen Brennpunkten genutzt werden.
- Jedes Kind soll sein Talent entfalten können – egal wo die Schullaufbahn beginnt. Wir wollen im Interesse unserer Kinder gleiche Entwicklungschancen für alle Schülerinnen und Schüler. Deswegen haben wir - neben dem achtjährigen Gymnasium - noch alternativ den Weg zum Abitur in neun Jahren geöffnet- und zwar durch eine flächendeckend organisierte Kooperation der Erweiterten Realschulen, Gesamtschulen und beruflichen bzw. Oberstufengymnasien, die sich als regionale Oberstufenverbundgymnasien zusammenschließen. Dieser Kompromiss gewährleistet sowohl Zukunftssicherheit für die Schüler an den betroffenen Schulen als auch Gleichbehandlung der unterschiedlichen Schulformen.
- G8 ist nicht der einzige Weg zum Abitur. Dennoch stehen wir zum achtjährigen Gymnasium, weil es sich bewährt hat. Eine Abschaffung der Gymnasien zugunsten der Einführung von Einheitsschulen, wie SPD und Linke in ihren Wahlprogrammen fordern, lehnen wir klar ab: Wir stehen voll und ganz hinter unseren saarländischen Gymnasien und dem mehrgliedrigen Schulsystem.
- Im Unterricht sind daneben Kenntnisse der Sozialen Marktwirtschaft und unternehmerischen Handelns zu vermitteln.
- Allgemeinbildende Schulen müssen mit beruflichen Schulen und Betrieben enger kooperieren. Praktika zur Vorbereitung der Berufswelt sind auszubauen.
- Die duale Berufsausbildung ist ein Standortvorteil Deutschlands im globalen Wettbewerb.

- Die Durchlässigkeit im gegliederten Schulsystem, aber auch zwischen beruflicher Bildung, Berufsakademien, Fachhochschulen und Universitäten ist weiter zu erhöhen.
- Wir wollen optimale Lernbedingungen für unsere Kinder schaffen. Dazu werden wir erstens energetische Sanierungen an Schulgebäuden vornehmen und die Lernumgebung unserer Schüler in den Schulen modernisieren; diese kommunalen Vorhaben werden finanziell unterstützt durch das gemeinsame Konjunkturpaket von Bundes- und Landesregierung. Zweitens stärken wir die schulische Bildung, indem wir die Familien bei der Beschaffung der Lernmittel finanziell entlasten, gemeinsam übernehmen Landesregierung und Schulträger vor Ort die Organisation und Finanzierung der Schulbuchausleihen. Drittens fördern wir – gemeinsam mit den Landkreisen – den Einsatz von Schoolworkern und Sozialcoachs, weil viele junge Menschen während ihrer Schulzeit Unterstützung und Hilfestellung brauchen im Hinblick auf Stärkung der sozialen Kompetenz und Persönlichkeitsentwicklung. Der Einsatz von Schoolworkern soll schrittweise auf Grundschulen ausgeweitet werden.
- Für schwächere Schüler wollen wir jeder Grundschule einen Förderschullehrer zuordnen. Gleichzeitig halten wir am System der Förderschulen, an individuellen Integrationshilfen und dezentralen Fördergruppen fest.
- Wir wollen an allen Schulen einen wöchentlichen Fördertag einrichten. Dieser ist freiwillig und findet außerhalb des regulären Pflichtunterrichts statt. Die Schule kann im Rahmen eines ihr zur Verfügung gestellten Budgets Förderangebote selbst oder durch Dritte anbieten.
- Wir streben verbesserte Betreuungsrelationen an. An weiterführenden Schulen wird die Kleine-Klassen-Garantie konsequent umgesetzt. Im Grundschulbereich wird das starre Instrument des Klassenteilers durch Mindest- und Durchschnittsgrößen als Richtzahl ersetzt. Die Durchschnittsgröße in einem Jahrgang der Grundschule soll auf 19 Kinder gesenkt werden.
- Neben den Erzieherinnen und Erziehern im Vorschulbereich legen die Lehrerinnen und Lehrer an den Grundschulen den Grundstein für die positive schulische Entwicklung eines Kindes. Aus diesem Grund tragen die Lehrer der Grundschulen eine besondere Verantwortung und müssen für ihre anspruchsvolle Aufgabe exzellent ausgebildet sein. Wir wollen deshalb die Ausbildung für Lehrer an Grundschulen wieder ins Saarland zurück verlagern.
- Wir wollen die Volkshochschulen auch weiterhin in ihrem Auftrag stützen und stärken, ein umfassendes Bildungsangebot für die gesamte Bevölkerung anzubieten. Die Volkshochschulen spielen im Bereich des lebenslangen Lernens eine besondere Rolle.

4.3 Exzellente bei Wissenschaft und Forschung:

- Das Saarland ist schon jetzt ein attraktiver und profilierter Hochschulstandort. Eine Vielzahl hochkarätiger Preise ging in den letzten Jahren an saarländische Forscher (z. B. Zukunftspreis des Bundespräsidenten, Philip-Morris-Forschungspreis, mehrere Leibniz-Preise). Die saarländischen Hochschulen verfügen bundesweit über beste Voraussetzungen für eine hervorragende Betreuung der Studierenden. Mit einem Verhältnis von 9 Studierenden pro Lehrkraft nimmt das Saarland im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (12 Studierende pro Lehrkraft) den Spitzenplatz ein. Wir werden dafür sorgen, dass unser Land im Hinblick auf optimale Forschungs- und Studienbedingungen eine bundesweite Spitzenstellung einnimmt.

- **Stärkung des Hochschulstandorts Saarland:** Der Hochschulstandort Saarland ist bereits heute attraktiv für Studierende aus der Region und darüber hinaus. In dem Maße, wie bei rückgehender Bevölkerung der Bedarf an qualifizierten Fachkräften steigt, müssen wir darauf hinwirken, genügend Nachwuchswissenschaftler heranzuziehen und hochqualifizierte Wissenschaftler für eine Tätigkeit im Saarland zu gewinnen. Mit einer weiteren Internationalisierung, der Schaffung von Schwerpunktbereichen, dem Ausbau des Technologietransfers und einer weiteren Stärkung der interdisziplinären Zusammenarbeit soll deshalb die Wettbewerbsfähigkeit der saarländischen Hochschulen weiter gestärkt werden.
 - Fast die Hälfte eines Altersjahrgangs erwirbt die Berechtigung, ein Studium aufnehmen zu können. Von dieser Hochschulzugangsberechtigung macht ein gutes Drittel der Saarländerinnen und Saarländer Gebrauch - damit liegen wir auf Platz 2 aller Bundesländer. Ein Viertel dieser Studienanfänger beginnt ein Studium an einer Fachhochschule (FH) – im Bundesvergleich sind es jedoch 31 Prozent. Durch einen quantitativen und qualitativen Ausbau der FH-Studiengänge wollen wir erreichen, dass im Saarland ein Drittel der Studienanfänger ihr Studium an einer FH beginnt. Wir werden daher die Erweiterung der HTW mit Priorität verfolgen.
 - Mit einem bundesweit neuartigen Studiengebührenmodell werden wir die Studierenden und ihre Familien deutlich entlasten. Ab dem Wintersemester 2009/2010 übernimmt das Land während des Studiums die Zinsen für Darlehen, die Studierende zur Finanzierung der Studiengebühren bei der KfW aufnehmen. Erst zwei Jahre nach Beendigung des Studiums ist das Darlehen zurückzuzahlen – vorausgesetzt, ein festes und auskömmliches Einkommen liegt vor. Künftig muss also nicht mehr der Medizinstudent, sondern erst der Arzt die Studiengebühren zahlen. Damit wollen wir garantieren, dass jeder – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern - studieren kann.
 - Hinzu kommt die Vergabe von Stipendien durch die Studienstiftung Saar. Wir werden das Kapital der Stiftung bis zum Jahr 2020 vervierfachen.

- „Exzellente Lehre“ – das ist unser Ziel für alle Hochschulen unseres Landes. Bereits jetzt ist die Betreuungssituation überdurchschnittlich. Wir wollen diesen Standortvorteil weiter ausbauen. Bei der Entwicklung virtueller Studiengänge wollen wir eine aktive Rolle übernehmen.
 - Die demographische Entwicklung macht lebenslanges Lernen und ständige Weiterbildung immer wichtiger. Wir möchten, dass sich die saarländischen Hochschulen stärker in der Weiterbildung engagieren. Ebenso werden wir die Entwicklung von praxisnahen und berufsbegleitenden Studiengängen an den Hochschulen fördern.
- **Für leistungsstarke Hochschulen:** Unsere Hochschulen müssen in der Lage sein, sich in einem zunehmend härteren internationalen Wettbewerb um Studienanfänger, Forschungsaufträge und Fördermittel zu behaupten. Wir wollen moderne Hochschulen, die die Freiheit von Forschung und Lehre mit einer effizienten Verwaltung und einer leistungsorientierten Mittelverwendung verbinden.
- Die Hochschulen müssen verstärkt den von der CDU-Landesregierung eingeführten Globalhaushalt als effektives Steuerungsinstrument nutzen. Ebenso soll die kaufmännische Rechnungslegung im Hochschulbereich ausgebaut werden. Das Land muss für eine bedarfsgerechte räumliche und apparative Ausstattung der Hochschulen sorgen.
 - Auch unter den Bedingungen der Hochschulautonomie stehen wir weiterhin zur politischen Verantwortung für die strategische Entwicklung unserer Hochschulen. Dies muss sich weiter durch klare, überprüfbare und sanktionsfähige Zielvereinbarungen manifestieren.
 - Wir werden das Qualitätsmanagement an den Hochschulen ausdehnen. Noch umfangreicher als bisher sollen durch interne und externe Evaluationsmaßnahmen die Qualität der Lehre überprüft und die didaktischen Kompetenzen des Lehrpersonals gefördert werden.
 - Wir werden die Internationalisierung der saarländischen Hochschullandschaft vorantreiben. Insbesondere gute Zusammenarbeit der Hochschulen der Großregion soll intensiviert werden. Wir unterstützen, dass sich die Hochschulen zu einem gemeinsamen „SaarLorLuxCampus“ zusammenschließen. Das Ziel: eine bessere gegenseitige Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen, ein gemeinsamer Internetauftritt, die Einrichtung trinationaler Studiengänge sowie grenzüberschreitende Studententickets.
 - Bereits heute haben die Hochschulen des Saarlandes einen hohen Internationalisierungsgrad erreicht, da hier überdurchschnittlich viele ausländische Studierende zumindest einen Teil ihres Studiums verbringen. Wir wollen darauf hinwirken, dass zukünftig auch mehr deutsche Studenten von den saarländischen Hochschulen einen Teil ihres Studiums im Ausland verbringen. Neben der Integration solcher Aufenthalte in die Curricula müssen

insbesondere die Prüfungsordnungen so umgestaltet werden, dass Studierende, die während ihres Studiums ins Ausland gehen, auch keine faktischen Nachteile hinnehmen müssen. Die Mobilität von Studierenden wollen wir durch eine finanzielle Förderung von Auslandsaufenthalten neben den europäischen Programmen im Rahmen unseres Stipendiensystems weiter verbessern.

- Wir werden die Anschlussfinanzierung für die jetzt eingerichteten Stiftungslehrstühle sicherstellen, die vereinbarte enge Zusammenarbeit zwischen Universität und HTW im Bereich der Ingenieurausbildung von den betroffenen Hochschulen einfordern und mit einer Marketingkampagne für den „Zukunftsberuf Ingenieur“ werben.
- Musik- und Kunsthochschule stellen eine wichtige Ergänzung unserer Hochschullandschaft dar. Wir wollen sie weiter fördern und ausbauen, da sie in besonderer Weise dem Anspruch auf Internationalität Rechnung tragen.

5. Das Saarland als solidarische Gesellschaft, die niemanden zurücklässt!

5.1 Für Bürgerengagement und generationenübergreifende Solidarität:

- **Aktive Bürgergesellschaft als Leitbild:** Die Gesellschaft braucht Bürgerinnen und Bürger, die soziale und kulturelle Aufgaben innerhalb der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung übernehmen. Anspruchs- und Versorgungsmentalität muss durch eine Haltung zwischenmenschlicher Verantwortung füreinander ersetzt werden. Unser Leitbild ist die aktive Bürgergesellschaft. Das Kernstück bilden dabei die Vereine und Verbände. Von der direkten Hilfe bei Feuerwehren bis zur unersetzlichen Jugendarbeit in Sportvereinen ist die hier geleistete Arbeit ein unverzichtbarer Bestandteil des kommunalen Lebens. Das gilt insbesondere für das kulturelle Leben, das auf Dauer verarmen wird, wenn nur noch „Kulturkonsum“ und „Zuschauermentalität“ gepflegt werden. Die CDU Saar wird deshalb das aktive bürgerschaftliche Engagement in Vereinen, Kirchen und Projektinitiativen fördern. Nur wo dies nicht möglich ist, haben die Kommunen eine Ergänzungsfunktion.
- **Kirchen als soziale Partner und sinnstiftende Institutionen:** Für die CDU Saar leisten Kirchen unverzichtbare Dienste am Menschen – sei es in der Betreuung, Erziehung und Bildung von Kindern, der gesundheitlichen Fürsorge, der Pflege älterer Menschen, der Hilfe für Behinderte, der Seelsorge und dem Eintreten für sozial Benachteiligte. Für eine solidarische Gesellschaft, die niemanden zurücklässt, sind die Kirchen aber auch als sinnstiftende und wertevermittelnde Einrichtungen unentbehrlich. Wir als christliche Demokraten wenden uns deshalb gegen jegliche Versuche, die Kirchen und ihre gesellschaftliche Bedeutung zu marginalisieren. Wir wollen, dass die Kirchen auch in Zukunft ihre wichtige Rolle im öffentlichen Leben wahrnehmen.
- **Förderung des Ehrenamts:** Die CDU Saar unterstützt alle Formen ehrenamtlichen Engagements. Die Anerkennung dieses Engagements hat die Landesregierung durch die Einführung von Ehrenamtsnadel und Pflegemedaille zum Ausdruck gebracht. Hinzu kommt die Einführung der Ehrenamts-Card. Mit der LAG „Pro Ehrenamt“ und den Ehrenamtsbörsen in jedem Kreis verfügt das Saarland über besondere, leistungsfähige Strukturen im Bereich des Ehrenamtes. Die Landesregierung hat durch die Regelung des Ehrenamtsurlaubs und des Versicherungsschutzes für Ehrenamtler ehrenamtliches Engagement unterstützt. Die Initiative zur Haftungsbegrenzung ehrenamtlicher Vereinsvorstände wird weitervorangetrieben. Bürgerstiftungen sind eine moderne Form ehrenamtlichen Engagements. Wir werden die Gründung solcher Stiftungen

unterstützen und im Rahmen des finanziell Möglichen ehrenamtlichen Strukturen professionelle Hilfe zur Verfügung stellen.

- **Verbände und Vereine stärken:** Das Saarland verfügt über eine einzigartige Vereins- und Verbandsstruktur. Die Unterstützung der Vereine im kulturellen, sportlichen und sozialen Bereich und die Erhaltung der finanziellen Grundlagen der Sport- und Kulturförderung sind daher zwingend geboten und ergänzen die dargestellten Maßnahmen zur Unterstützung des Ehrenamtes.

- **Gemeinsam Solidarität leben:** Wir werden Wissen und Lebenserfahrung, insbesondere älterer Menschen sowie das große bürgerschaftliche Engagement in die soziale, kulturelle und politische Gestaltung unseres Gemeinwesens einbeziehen. Wir wollen familienfreundliche Kommunen mit sinnvollen Freizeitangeboten und bezahlbarem familiengerechten Wohnraum; wir wollen jugendfreundliche Kommunen mit offener Jugendarbeit und seniorenfreundliche Kommunen, die ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger am gesellschaftlichen Leben beteiligen. Es geht darum, den sozialen Zusammenhalt in der Bevölkerung zu verstärken und die Teilhabemöglichkeiten der Menschen aller Altersstufen zu verbessern. Die dazu in unserem Land bestehenden Beratungs- und Serviceangebote wie z.B. die Seniorenbüros, die Ehrenamtsagenturen oder auch die vielen verschiedenen Einrichtungen der offenen Jugendarbeit erhalten unsere volle Unterstützung.

- **Eigenständige Lebensführung auch im Alter:** Steigende Lebenserwartung und die Aussicht, viele dieser Lebensjahre in Würde und relativer materieller Sicherheit erleben zu können, sind nicht in erster Linie eine Belastung, sondern ein großer Erfolg unserer modernen Gesellschaft; daraus ergeben sich neue Chancen und Möglichkeiten aktiver und selbstbestimmter Lebensgestaltung.
 - Weil Zukunft Erfahrung braucht, wollen wir das Potenzial des Alters nutzen. Wir werden ältere Mitbürger, die sich ehrenamtlich engagieren wollen, dabei unterstützen und für sie attraktive Angebote schaffen, besonders dort, wo sie in ihrer Altersgruppe Hilfe leisten können: in der Nachbarschaftshilfe, bei den Besuchsdiensten und bei Einkaufsverbänden. Die Kooperation von Pflegeeinrichtungen mit Ehrenamtsbörsen und Freiwilligennetzwerken werden wir fördern und intensivieren. In Zusammenarbeit mit dem Landes-seniorenbeirat werden wir die kommunalen Seniorenbeiräte flächendeckend ausbauen.
 - Das Internet bietet älteren Menschen große Chancen, auch bei geringer Mobilität mit einem großen Kreis an Personen in Kontakt zu treten und selbstständig Informationen einzuholen oder Erledigungen zu verrichten. Wir treten daher dafür ein, Initiativen zum Ausbau der Schulung der Medienkompetenz älterer Menschen wie etwa den kostenlose „Internet-Seniorentreff“ der Landesmedienanstalt weiter auszubauen.

- Wir wollen ein generationengerechtes Saarland. Dazu zählt die Schaffung von Strukturen bedarfsgerechter Nahversorgung mit Gütern des täglichen Lebens und medizinischer Betreuung. Wir wollen mehr mobile Bürgerdienste („rollendes Rathaus“) und setzen uns ein für ein flächendeckendes Netz von kommunalen Seniorenbeauftragten, Seniorenbüros und Seniorensicherheitsberatern. Generationenübergreifende Wohn- und Lebensformen können für alle Beteiligten zu einem erheblichen Gewinn an Lebensqualität führen.

5.2 Soziale Sicherheit durch Gesundheits- und Altersversorgung:

- **Stationäre und ambulante Versorgung ausbauen:** Die CDU wird ihre politischen Gestaltungsmöglichkeiten dafür nutzen, im gesamten Land das flächendeckende Netz an stationären und ambulanten Versorgungseinrichtungen der Behinderten- und Altenhilfe zu erhalten und auszubauen. Wir wollen älteren und behinderten Menschen so lange wie möglich ein Leben in vertrauter und familiärer Umgebung ermöglichen. Das Modellprojekt des ersten bundesweiten Pflegestützpunktes ist ein richtiger Weg; Pflegebedürftige und ihre Angehörige finden damit auf Kreisebene eine zentrale, kompetente und neutrale Beratung zu allen Fragen und Hilfen rund um die Pflege. Pflegestützpunkte sollten auf die Erfahrung und Professionalität der bestehenden Betreuungs- und Koordinierungsstellen aufbauen und – bei erfolgreichem Verlauf des Modellprojektes – durch mobile dezentrale Angebote in den Gemeinden ergänzt werden. Wir wollen den Ausbau der Pflegestützpunkte vorantreiben und sie mit den Ehrenamtsbörsen, Freiwilligennetzwerken und den AHA-Dienstleistungszentren zusammenführen, um möglichst gezielt Hilfen aus einer Hand anbieten zu können.
- **Saarland als Gesundheitsstandort fortentwickeln:** Die Gesundheitsbranche im Saarland befindet sich im Aufwind: 62.000 Erwerbstätige und davon 45.000 allein in insgesamt 18 Gesundheitsberufen stellen einen bedeutsamen Wirtschaftsfaktor dar. Die Zahl der Beschäftigten ist seit 2000 um 7,3 Prozent angestiegen. Wir wollen den Gesundheitsstandort und die Gesundheitsbranche weiter ausbauen. Wir wollen bei uns im Saarland Gesundheit zum Megathema machen und das Saarland als bundesweit vorbildlichen Gesundheitsstandort etablieren. Dazu werden wir die Bereiche Prävention, Behandlung und Rehabilitation weiter ausbauen sowie Forschung und Entwicklung im Gesundheitswesen verstärkt fördern.
- Wir wollen mit gezielten Vermarktungsstrategien das Wertschöpfungspotenzial heben, das im Saarland im Bereich medizinischer Versorgung, Gesundheitsdienstleistungen sowie pharmakologischer und medizintechnologischer Produkte vorhanden ist. Wir werden deshalb die Rahmenbedingungen für Unternehmen der Arzneimittelforschung und -produktion sowie der Medizintechnik verbessern. Wir werden aber auch die Attraktivität des Gesundheitsstandortes Saarland mit seinen qualitativ hochwertigen Einrichtungen der Rehabilitation und Prävention weiter steigern

und den Gesundheits-, Kur- und Wellness-tourismus ausbauen; die einzelnen Angebote von Kliniken, Rehabilitationseinrichtungen und einzelner Hotels sollten dazu ihre Kooperationsmöglichkeiten stärker als bisher nutzen und sich miteinander vernetzen.

- Wir werden die Gesundheitsbranche zum Jobmotor für das Saarland machen. Damit den Unternehmen genügend geeignetes Personal zur Verfügung steht, werden wir die Qualitätssicherung und Standardisierung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen im Gesundheitsbereich verstärken und neue Studiengänge wie z.B. Gesundheitsökonomie und -management an unseren Hochschulen etablieren. Wegen des demografischen Wandels werden wir in der Zukunft aber auch eine hohe Zahl an Betreuungsfachkräften benötigen. Mit einer integrierten Ausbildung Kranken- und Altenpflege werden wir hier für bestens ausgebildeten Nachwuchs sorgen und das Pflegepersonal besser auf einen Wechsel zwischen beiden Betreuungsberufen vorbereiten.
- Um den konstanten Kostenanstieg des Gesundheitssystems bewältigen zu können, setzen wir konsequent auf Prävention. Wir werden die erfolgreich laufenden Präventionsprogramme des Landes weiter verstärken und angesichts neuer z.B. internetinduzierter Suchtproblematiken vor allem die Angebote der Drogen- und Suchtberatung intensivieren. Die Gesundheitskampagne „Saarland aktiv und gesund“ werden wir ausbauen und besser mit anderen erfolgreichen Präventionskampagnen vernetzen. Um bei unseren Kindern Übergewicht vorzubeugen und gesunde Ernährung und Bewegung zu fördern, werden wir schon im Kindesalter Gesundheitschecks einführen. In den Kindertagesstätten und an den Schulen werden wir durch verstärkte Aufklärung das gesundheitsbewusste Verhalten unserer Kinder fördern. Für Menschen mit Migrationshintergrund werden wir die medizinische Prophylaxe verstärken, indem wir gezielt ihren Impfstatus verbessern.
- Wir wollen die Infrastruktur im Gesundheitswesen ausbauen und somit die Versorgungssicherheit der Saarländerinnen und Saarländer im Hinblick auf die demografische Entwicklung gewährleisten. Dafür wollen wir mit einem dichten Netz an Ärzten und Fachärzten die wohnortnahe ambulante Versorgung gewährleisten. In den ländlichen Regionen des Saarlandes wollen wir die flächendeckende Versorgung mit Apotheken sicherstellen und die Notfallversorgung von Patienten durch einen professionell organisierten ärztlichen Bereitschaftsdienst garantieren. Darüber hinaus wollen wir die Anzahl der Hospizangebote im Saarland sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich erhöhen und die regionalen Palliativstützpunkte ausbauen. Das Saarland wird sich dafür einsetzen, dass die steuerfreien Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer an die von Übungsleitern angepasst werden.

- **Das Leben selbständig gestalten – auch mit Behinderung:** Gradmesser für die Humanität einer modernen Gesellschaft ist ihr Umgang mit Menschen mit Behinderung. Sie bedürfen der Hilfe und oftmals der täglichen Unterstützung. Zu einem Leben in Würde gehört es aber auch, Verantwortung für sich selbst wie auch für andere zu übernehmen. Über eigene Potenziale zu verfügen, diese auszuschöpfen und für andere nutzbar zu machen, verleiht dem Menschen Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl. Aus diesem Grund wollen wir Menschen mit Behinderung herausführen aus der Situation des ausschließlich passiven und Hilfe in Anspruch nehmenden Bedürftigen. Wir wollen ihre Potenziale schon möglichst früh in der Kindheit fördern. Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung teilhaben am gesellschaftlichen Leben, dass sie sich in einem barrierefreien Wohn- und Lebensumfeld frei entfalten können, dass sie ihr Leben in einem höchstmöglichen Maß selbst gestalten und nur dort Hilfe in Anspruch nehmen müssen, wo es ihre Situation nicht anders zulässt.
- Wir wollen den eingeschlagenen Weg der ambulanten Betreuung in den nächsten Jahren konsequent fortsetzen. Dabei streben wir an, den Anteil der ambulanten Hilfen zum Wohnen soweit zu steigern, dass das Saarland in diesem Bereich über dem Bundesschnitt liegen wird. Bis zum Jahr 2012 plant die CDU-geführte Landesregierung, ein bedarfsgerechtes Betreuungskontingent für 570 behinderte Menschen zu erreichen.
 - Gleichzeitig soll das Platzangebot im stationären Bereich nicht mehr weiter ausgebaut werden. Vielmehr muss geprüft werden, inwieweit Hilfeempfänger aus stationären Einrichtungen in ambulante Hilfeformen überführt werden können. Da zu erwarten ist, dass hierfür etwa 10 bis 20 Prozent der stationär untergebrachten in Frage kommen, ist es unser Ziel, bis zum Jahre 2012 den Anteil der ambulanten Hilfen zum Wohnen auf 25 Prozent zu steigern.
 - Nach dem massiven Ausbau der Werkstätten für behinderte Menschen in den vergangenen Jahren wird es künftig verstärkt um die Eingliederung von Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt gehen. Aus diesem Grund soll die Zahl der Werkstattplätze nicht mehr erhöht werden. Vielmehr geht es in Zukunft darum, die Werkstätten in ihrer Größe und Organisationsstruktur so weiterzuentwickeln, dass eine zielgruppen- und bedarfsgerechte Binnendifferenzierung bessere Qualifizierungsmöglichkeiten mit Blick auf den ersten Arbeitsmarkt gewährleistet.
 - Bei den Tagesförderstätten ist es das Ziel der CDU-geführten Landesregierung, bis zum Jahr 2012 die Zahl der Plätze auf den bundesweiten Spitzenwert von über 500 zu steigern. Dabei soll die Durchlässigkeit von der Tagesförderstätte hin zur Werkstatt erhöht werden, um den hier arbeitenden Menschen eine bessere Teilhabe am Erwerbsprozess verbunden mit einer angemessenen sozialen Absicherung zu gewährleisten.

- **Hervorragende Versorgung in der Pflege:** Altern bedeutet leider auch die Erfahrung des Rückgangs an körperlicher und sozialer Leistungsfähigkeit, der Abhängigkeit von medizinischer, technischer und persönlicher Hilfe, des Risikos der Vereinsamung und Verarmung. Viele Menschen sorgen sich deshalb davor, älter zu werden. Sie befürchten, im Alter alleine und auf die Hilfe Anderer angewiesen zu sein. Wir als CDU Saar wollen, dass ältere Menschen nicht im Alter alleine gelassen werden, sondern auch im Krankheits- oder Pflegefall im häuslichen Umfeld verbleiben können. Für die Betreuungsbedürftigen werden wir die Rahmenbedingungen der häuslichen Pflege verbessern. Für diejenigen, bei denen häusliche Pflege im Alter nicht möglich oder nicht gewünscht ist, werden wir die stationären Pflegedienstleistungen weiter ausbauen.
 - Wir wollen moderne Wohn- und Lebensformen für Senioren weiterentwickeln und Seniorengemeinschaften fördern. Das Förderprogramm „Wohnen im Alter“ werden wir ausbauen. Mehrgenerationenhäuser wollen wir zu echten generationsübergreifenden Wohnstätten weiterentwickeln. Stationäre Pflegeeinrichtungen werden wir so modernisieren, dass sie ein Leben in familienähnlicher Geborgenheit ermöglichen.
 - Wir werden die Ausbildung von Seniorenlotsen, die älteren Mitbürgern durch den Alltag helfen, fördern und die Angebote in der ambulanten Pflege und Betreuung weiter ausbauen. Die Angebote für Demenzkranke und ihre Angehörigen werden wir mit Hilfe von gerontopsychiatrischen Zentren weiterentwickeln und vorantreiben.
 - Wir werden die Rahmenbedingungen für die häusliche Pflege durch Angehörige verbessern: Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, die Pflegezeit auf drei Jahre zu verlängern, um Angehörigen, die ihre Verwandten zu Hause versorgen möchten, die Vereinbarkeit von Pflege und Erwerbstätigkeit zu erleichtern. Darüber hinaus werden wir für die Pflegenden die Angebote der Kinderbetreuung fördern. Wir werden die Hilfsangebote für pflegende Angehörige im Bereich Beratung und Fortbildung ausbauen und die häusliche Pflege im niedrighwelligen Bereich fördern – insbesondere durch stärkere Einbindung ehrenamtlich tätiger Helferinnen und Helfer.

- **Gerechte Rente:** Die Altersstruktur unserer Gesellschaft verändert sich grundlegend: Immer mehr Alten und Hochbetagten stehen immer weniger junge Menschen gegenüber; damit verbunden sind ernst zu nehmende Risiken und Belastungen, insbesondere für die sozialen Sicherungssysteme und die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft insgesamt. Wir als CDU Saar wollen, dass sich auch für die Menschen, die bei geringen Verdiensten in ihrem Berufsleben Beiträge gezahlt haben, Leistung lohnt.
 - Wer sein Leben lang in Vollzeit gearbeitet hat, muss im Alter Anspruch auf eine Rente oberhalb der Armutsgrenze und des Hartz IV-Niveaus haben – allerdings bedarfsabhängig und steuerfinanziert. Darüber hinaus darf niemand

in Altersarmut verfallen, der viele Jahre lang gespart und für sein Alter etwas zurückgelegt hat; deshalb muss der Freibetrag beim Schonvermögen von heute 250 Euro auf 700 Euro pro Lebensjahr und insgesamt 45.500 Euro erhöht werden, damit ältere Arbeitslose als Rentner nicht auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen sind.

- Um auch geringverdienenden Selbständigen, die nicht von der steuerlichen Privilegierung der Rürup-Rente profitieren können, bessere Möglichkeiten der privaten Altersvorsorge zu bieten, sollte der Kreis der Zulageberechtigten bei der Riester-Rente auf Selbständige ausgeweitet werden. Darüber hinaus fordern wir, insbesondere mit Blick auf die inzwischen häufig unterversicherten Selbständigen neue Möglichkeiten einer besseren Absicherung bei Erwerbsminderung sowie den Ausbau der bisherigen Renten- zu einer Erwerbstätigenversicherung zu überprüfen. Das Ziel, die nicht anderweitig abgesicherten Erwerbstätigen in die Altersversorgung einzubeziehen, erfordert grundlegende Systemveränderungen im deutschen Rentenrecht, die sich – auch unter Beibehaltung des bewährten Versicherungsprinzips – an Elementen des Schweizer 3-Säulen-Modells ausrichten könnten.
- Die CDU Saar wird dem Thema Altersicherung einen hohen Stellenwert beimessen, indem sie sich die verschiedenen Modellansätze der Verbände zur Alterssicherung vorstellen lässt und sie auf eine Umsetzung hin diskutieren wird.
- Wir treten dafür ein, dass der Eintritt in die Rente durch Erweiterung der Hinzuverdienstmöglichkeiten und Teilrentenmodelle flexibler wird. Wer 45 Jahre Vollzeit gearbeitet und Rentenversicherungsbeiträge gezahlt hat, soll unabhängig vom Lebensalter ohne Abschläge in die Rente eintreten können.
- - **Paaren mit unerfülltem Kinderwunsch helfen:** Die CDU Saar wird sich weiterhin bei der Bundesregierung für eine Regelung stark machen, um Paaren bei ihrem Wunsch nach einem Kind zu helfen. Ziel ist die Kostenübernahme bei künstlichen Befruchtungen durch die Krankenkassen.

5.3 Integration und Zuwanderung:

- Zuwanderung bedeutet sowohl für Zuwanderer wie für uns als aufnehmende Gesellschaft eine Herausforderung, aber auch eine große Chance. Was wir allerdings ablehnen, ist eine Integrationspolitik der unverantwortlichen Multi-Kulti-Beliebigkeit. Statt einem unverbundenen Nebeneinander der Kulturen streben wir echte Integration im Sinne eines selbstverständlichen Miteinanders von deutschen und ausländischen Mitbürgern an. Wir wollen Zuwanderer fördern, aber auch fordern. Richtig verstandene Integration darf nicht bloß zur Zuwanderung in die Sozialsysteme führen, sondern muss – im Interesse der aufnehmenden Gesellschaft wie der Zuwanderer selbst – zu einer Bereicherung für Wirtschaft und Gesellschaft werden.

- **Gemeinsame Identifikation schaffen:** Insbesondere vor dem Hintergrund des demographischen Wandels setzt die CDU Saar auf das Potenzial einer gesteuerten Zuwanderung und erfolgreicher Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Im Jahr 2020 wollen wir mit folgenden Maßnahmen das Saarland zur integrationsfreundlichsten Region in Deutschland machen:
- Der Schlüssel zur Identifikation ist die Sprache. Sprachtests und Sprachförderung bereits im Kindergartenalter sind heute schon Alltag im Saarland. Wir werden auch gemeinsame Sprachkurse für Eltern mit ihren Kindern anbieten, damit die Benutzung der deutschen Sprache auch innerhalb der Familie gefördert wird. Wir begrüßen daher Deutschlern-Tandem-Programme mit Einsatz ehrenamtlicher Pädagogen, die gerade älteren Mitbürgern mit Deutsch-Defiziten niedrigschwellige Lernangebote unterbreiten, in denen sie Alltagsdeutsch erlernen können.
 - Verantwortung füreinander zu übernehmen, schafft Identifikation. Im Saarland gibt es zur Zeit elf Schulen, die den Titel "Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage" tragen. Das sind deutlich zu wenige. Bis 2020 wird jede Schule im Saarland eine "Schule mit Courage" sein. Wir werden für jede Schule einen Paten finden, der sich aktiv für Integration in "seiner" Schule einsetzt. Dabei werden wir ihn unterstützen.
 - Identifikation kann man nicht erzwingen, sie muss wachsen. Ein wichtiger Schlüssel ist deshalb ehrenamtliches Engagement. Wir werden ehrenamtliche Projekte zur Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern fördern. Dabei werden wir Verantwortliche in sozial schwierigeren Regionen besonders unterstützen. Vereine leisten häufig vorbildliche Integrationsarbeit, die besonderer Unterstützung bedarf.
- **Sozialen Aufstieg der Zuwanderer ermöglichen:** Zu einer wirtschaftlich und sozial gelungenen Integration gehört es, Zuwanderern die soziale Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Teilhabe erhöht das Selbstwertgefühl des Migranten wie auch seiner Familie. Hierdurch wird die Solidargemeinschaft entlastet und Akzeptanz geschaffen:
- Wir werden die Schulabbrecherquote von Kindern mit Migrationshintergrund weiter senken. Dazu werden wir an den saarländischen Grundschulen und an den erweiterten Realschulen betreute Hausaufgabenhilfen und eine zusätzliche Förderstunde pro Woche anbieten. Diese Angebote werden bedarfsorientiert und verpflichtend sein. Sie zielen vor allem auf Schülerinnen und Schüler, deren Defizite aus sprachlichen Mängeln herrühren.
 - Die berufliche Qualifizierung von Migranten ist eines der wichtigen Integrationsinstrumente. Das SGB III sieht hierfür zahlreiche Fördermaßnahmen vor, die teils aus generellen, teils aus speziell auf Ausländer oder Spätaussiedler bezogenen Elementen bestehen. Wir werden dafür sorgen,

dass schon beim Einbürgerungsantrag die individuelle Situation des Migranten geprüft wird und er möglichst schnell von den vorhandenen Förderinstrumenten Gebrauch machen kann. Gleichzeitig werden wir den einreisewilligen Migrant dazu anhalten, die angebotenen Deutschkurse zu nutzen und insbesondere Frauen und Kindern die Bildungs- und Sozialangebote zugänglich zu machen.

- ***Miteinander statt Nebeneinander:*** Wir wollen bei uns im Saarland eine erfolgreiche und nachhaltige Integration von Zuwanderern. Dazu werden wir – im Rahmen des deutschen Zuwanderungs- und Sozialrechts – den bei uns lebenden Migranten und ihren Familien sichere und verlässliche Lebensbedingungen bieten. Die CDU Saar tritt für ein partnerschaftliches Miteinander ein:
- Oberstes Ziel muss es sein, einem einreisewilligen Zuwanderer möglichst schnell Rechtssicherheit bezüglich seiner Daueraufenthaltsgenehmigung zu verschaffen. Erst bei Rechtssicherheit ist davon auszugehen, dass Integrationsmaßnahmen wirklich angenommen werden. Wir werden dafür Sorge tragen, dass bei auftretenden Problemen unverzüglich der Integrationsbeauftragte der Landesregierung eingeschaltet wird.
 - Das Leben in einer eigenen Wohnung ist ein wichtiger Faktor für die Integration. Die Unterbringung im Übergangwohnheim ist daher lediglich ein Angebot für die erste Zeit in Deutschland. Wir fördern deshalb die Vermittlung von leerstehendem Wohnraum an Migrantenfamilien mit Daueraufenthaltsrecht durch die Kommunen.
 - Viele bereits hier lebende Ausländer und Spätaussiedler sind in die Gesellschaft integriert. Es gibt aber immer noch eine größere Zahl von sich hier bereits länger Aufhaltenden, bei denen Integrationsbedarf besteht. Deshalb werden wir Integrationsmaßnahmen nicht nur auf neu Einreisende beziehen, sondern auch auf Personen, die bereits längere Zeit hier leben.

6. Das Saarland – Modellregion für Lebensqualität und Nachhaltigkeit!

6.1 Verantwortung für Umwelt und nachfolgende Generationen:

- Eine gesunde, schöne und intakte Landschaft seine Heimat zu nennen, ist nicht selbstverständlich. Wir begreifen die natürliche Vielfalt des Saarlandes, seine weiten Wälder, seine schönen Wiesen- und Kulturlandschaften als unschätzbare Gut. Zugleich erwächst uns daraus eine Verantwortung, die weitgehend intakte Natur unserer Heimat auch für kommende Generationen zu erhalten. Wir begreifen das Saarland als Modellregion, in der Umwelt- und Naturschutz mit den wirtschaftlichen Interessen in Einklang steht. Dies ist die Grundlage einer lebenswerten Heimat. Deshalb werden wir Natur- und Umwelt in besonderer Weise schützen. Wir wissen: Der Schutz des Klimas gehört zu den größten Herausforderungen unserer Zeit. Eine Änderung des Weltklimas würde unabsehbare Folgen nach sich ziehen. Auch das Saarland wäre direkt davon betroffen. Wir nehmen die Herausforderung an und stehen zu unserer Verpflichtung, dem Klimawandel im Interesse künftiger Generationen entgegenzuwirken. Auch für unser Land gilt: Global denken – lokal handeln.

- **Versorgungssicherheit, Umwelt- und Sozialverträglichkeit:** Das sind die gleichrangigen Ziele unserer Energiepolitik. Wir lehnen eine ideologisch ausgerichtete Energiepolitik ab. Statt abrupten Brüchen im Energiemix sieht unsere Energiepolitik integrative Konzepte für eine nachhaltige Neuausrichtung der Energieversorgung vor. Die geographischen und siedlungsstrukturellen Gegebenheiten setzen uns Grenzen beim Einsatz regenerativer Energien. Dennoch halten wir es für möglich, im Saarland bis 2020 den Anteil erneuerbarer Energien von derzeit knapp 208 MW auf rund 800 MW zu steigern. Zusätzlich werden wir deutliche Verbesserungen bei der Energieeffizienz erreichen. Wir werden für eine klimaverträgliche Energiegewinnung und -nutzung sorgen, die Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Sozialverträglichkeit gleichermaßen gewährleistet. Wir wollen eine sichere und bezahlbare Energieversorgung für die Verbraucher.

- **Neue Energien in den bestehenden Energiemix integrieren:** In Zukunft werden wir nicht mehr mit einzelnen Formen der Energieerzeugung auskommen. Um Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit zu erreichen, müssen vielfältige Möglichkeiten der Gewinnung von Strom und Wärme genutzt werden. Die CDU Saar wird wirtschaftlich sinnvolle Wege beschreiten, um den Energiemix im Saarland zukunftsfähig auszubauen:
 - Wir werden die Nutzung erneuerbarer Energien weiter steigern. Dabei werden vorzugsweise jene Technologien eingesetzt, die bereits heute schon

wirtschaftlich sind oder in absehbarer Zeit zur Marktreife geführt werden können. Wir werden Förderungen degressiv ausgestalten, bis die neuen Anlagen ihre Kosten von selbst erwirtschaften. Bis zum Jahr 2020 werden wir den Anteil von erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch im Saarland gegenüber 2005 vervierfachen haben.

- Wir stehen für eine stärkere Nutzung von Biomasse und Biogas in dezentralen Kraftwerken. Dazu sollen im Saarland Energiepflanzen und biogene Abfälle mit positiver Öko- und Klimabilanz zur Verwendung kommen. Der Verwertung von eigens zur energetischen Nutzung importierter Biomasse werden wir im Saarland nur zustimmen, wenn strenge Nachhaltigkeitskriterien durch belastbare Zertifizierungssysteme nachgewiesen wurden.
- Die Erneuerung von Kraftwerken, die mit fossilen Brennstoffen befeuert werden, ist für die zukünftige Versorgungssicherheit unentbehrlich. Dabei soll die effizienteste Technik hinsichtlich Wirkungsgrad und Klimaverträglichkeit eingesetzt werden. Damit das erreicht wird, erwarten wir von den Kraftwerksbetreibern belastbare Zusagen zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes. Im Gegenzug sind wir bereit, verlässliche Planungssicherheit herzustellen.

□ **Steigerung der Energieeffizienz:** Bei Umwandlung, Transport und Verbrauch von Energie kommt es zwangsläufig zu Energieverlusten. Der kürzeste Weg zum Umwelt- und Klimaschutz ist die Steigerung der Energieeffizienz durch die Vermeidung von Energieverlusten. Die CDU Saar unterstützt alle nachhaltigen und wirtschaftlich vertretbaren Maßnahmen zur Erschließung von Einspar- bzw. Effizienzpotenzialen:

- Die gekoppelte Erzeugung von Strom und Wärme oder gegebenenfalls Kälte (Kraft-Wärme-Kopplung, KWK) kann besonders hohe Energie-Nutzungsgrade erzielen. Bis zum Jahr 2020 werden wir den Anteil an KWK-Anlagen im Saarland auf 25 Prozent steigern. So werden wir z.B. den Einsatz dezentraler Blockheizkraftwerke unterstützen, indem wir uns dafür einsetzen, Hemmnisse bei der Genehmigung solcher Anlagen abzubauen.
- Effiziente Energiegewinnung setzt – insbesondere bei der Verwendung erneuerbarer Energieträger – dezentrale Erzeugerstrukturen voraus. Die CDU Saar befürwortet solche dezentralen Strukturen. Diese bergen aber auch das Risiko von Spannungs- und Frequenzschwankungen im Stromnetz. Damit die Versorgungssicherheit nicht durch Netzausfälle gefährdet wird, setzen wir uns für eine zügige Anpassung der Stromnetze und ihrer Regelanlagen ein.
- Der effiziente Umgang mit Energie setzt Wissen voraus. Das Saarland verfügt mit dem Institut für ZukunftsEnergieSysteme (IZES) sowie mit der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) und der Universität des Saarlandes (UdS) bereits über herausragende Forschungs- und Bildungseinrichtungen, deren Kompetenz für einen effektiven Klimaschutz unverzichtbar sind. Wir werden

diese Kompetenzen noch besser nutzen, indem wir sie in einem "Forschungsverbund Saar zu Klimaschutz und Energieeffizienz" bündeln.

6.2 Starke Politik für Stadt und Land

- **Den ländlichen Raum stärken:** Die negativen Auswirkungen des demographischen Wandels stellen vor allem für die kleinen ländlichen Gemeinden eine große Herausforderung dar. Um dem Bevölkerungsrückgang und der zunehmenden Überalterung vorzubeugen, werden wir dafür sorgen, dass die Lebensbedingungen in unseren Dörfern und Gemeinden attraktiv bleiben – nicht nur für die ortsansässige Bevölkerung, sondern auch für junge Leute und zuzugswillige junge Familien. Ein Schwerpunkt unserer Politik für den ländlichen Raum ist dabei die Pflege des dörflichen Lebens und Erscheinungsbildes; zudem brauchen unsere Kommunen bessere finanzielle und rechtliche Möglichkeiten, die Natur- und Kulturlandschaft unseres Landes zu pflegen und Innerortslagen als Wohnlagen lebensfähig sowie kommunale Infrastrukturen, insbesondere bei Ver- und Entsorgung demographietauglich zu halten.
 - Wir brauchen eine Rückbesinnung auf die Kernbereiche. Wir müssen dazu die Funktionen Wohnen, Arbeiten und Freizeit im Sinne einer gesunden Durchmischung zusammenhalten. Nur wenn wir die Menschen (und ortsansässigen Händler, Handwerker, Landwirte und Gewerbetreibende) in den Ortskernen halten oder sogar zurückbringen, werden wir das Aufbrechen infrastruktureller Defizite verhindern und befriedigende Standortqualitäten erhalten können. Die Gemeinden müssen ihre Planungstätigkeit langfristig und strategisch an der Stärkung der Ortskerne ausrichten. Die CDU Saar fordert daher: Konzentration der gehobenen Dienstleistungs- und Handelsbetriebe im Zentrum, Abschied von Einkaufsmärkten auf der „grünen Wiese“. Innenentwicklung muss Vorrang haben vor Außenentwicklung.
 - Eine zunehmende Zahl von Leerständen vor allem in den Siedlungskernen weist schon heute darauf hin, was in Zukunft droht, wenn nicht gegengesteuert wird: eine Tendenz zur Verödung der Dorfkerne, zur Verarmung des dörflichen Alltagslebens sowie zur Verschlechterung der Einkaufs- und Dienstleistungsangebote. Wir wollen dem durch eine Strategie der Belebung unserer Ortskerne entgegenwirken, wie sie das Ministerium für Umwelt in einem eigens dafür entwickelten Programm mit dem Titel „MELANIE“ festgeschrieben hat. Die CDU Saar fordert deshalb, bei der Ausweisung neuer Bauland- und Gewerbegebiete der sich abzeichnenden Bevölkerungsentwicklung Rechnung zu tragen. Es macht – auch ökologisch – keinen Sinn mehr, neue Flächen durch Überbauung zu versiegeln, wenn gleichzeitig innerörtliche Kerne mit zunehmenden Leerständen zu kämpfen haben. Gleichzeitig können Freiflächen dazu genutzt werden, innerorts grüne Wohnumfelder zu schaffen.

- Wir werden uns für online-gestützte „Leerstandsbörsen“ in unseren Landkreisen einsetzen, damit sich Bauwillige schnell über Baumöglichkeiten informieren können. Kommunen sollten verwahrloste und leerstehende Objekte vorübergehend übernehmen können, um sie dann – in saniertem Zustand – wieder der privaten Nutzung zuzuführen. Neben Flurbereinigung und Dorferneuerung brauchen wir bessere finanzielle und rechtliche Bedingungen zum Erwerb von altem Baubestand, zur Um- und Neugestaltung von Innerortslagen und zu einer gesteuerten Stadt- und Gemeindeentwicklung.
 - Wir werden mit Initiativen wie „Tatort Dorfmitte“ den öffentlichen Zusammenhalt fördern. Im Interesse der Lebendigkeit unserer Dörfer setzen wir uns für die flächendeckende Einrichtung von Dorfläden und Mehrgenerationenhäusern ein.
- **Natur und Landschaft schützen:** Die CDU Saar steht zu ihrer Verantwortung, Natur und Landschaft unserer Heimat in ihrer Einzigartigkeit auch für kommende Generationen zu erhalten. Wir wollen das besondere ländliche Kulturerbe und unsere intakte Naturlandschaft erhalten und pflegen.
- Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen schließt die Verantwortung für unsere Mitgeschöpfe ein. Die CDU Saar steht zu den Vorgaben des regionalen Biodiversitätskonzeptes für das Saarland, das eine besondere Verantwortung für die bei uns heimische Tier- und Pflanzenwelt definiert. Auf dieser Basis wollen wir gemeinsam mit den ehrenamtlichen Naturschutzverbänden mit modernem und effizientem Mitteleinsatz vorangehen und die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre fortsetzen. Im Bereich des Tierschutzes ist mit Einrichtung der Tierschutzhotline ein weiterer Schritt zur Qualitätsverbesserung genommen. Daran will die CDU Saar anknüpfen und Ehrenamt und behördlichen Tierschutz optimal miteinander verzahnen, im Interesse der Tiere.
 - Landwirtschaft und Forstwirtschaft kommt eine herausragende Bedeutung für den Schutz unserer Heimat zu. Unsere Kulturlandschaft kann nur durch den Einsatz leistungsfähiger land- und forstwirtschaftlicher Betriebe erhalten werden. Dies ist ein - neben der Versorgung mit qualitativ hochwertigen und gesunden Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen - oft vergessener, unverzichtbarer Beitrag, den Land- und Forstwirtschaft erbringen. Wir wollen unsere Betriebe stärken, denn wir brauchen sie. Dazu gehört für die CDU Saar eine faire Vergütung für die Leistungen, die sich für die Landwirte lohnen muss.
 - Das Saarland nimmt im Bereich „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ einen Spitzenplatz ein. Jeder hier investierte Bildungseuro lohnt sich, denn Umweltschutz und den klugen Umgang mit knappen Ressourcen kann man lernen. Die CDU Saar will Kinder und junge Menschen auch in Zukunft mit Mutter Natur vertraut machen. Wir wollen nicht zulassen, dass Kinder ihre

natürlichen Lebensgrundlagen im Wesentlichen aus Fernsehen und Internet kennenlernen. Unser Ziel bis 2020 ist es, allen Schülerinnen und Schülern die Saarländische Natur praktisch begreifbar zu machen, ihr naturwissenschaftliches Interesse zu wecken und sie für Umwelt- und Naturschutz zu sensibilisieren. Einen wichtigen Beitrag hierzu leisten neben der wertvollen Umwelt-erziehungsarbeit der Naturschutz- und Jagdverbände auch die Fischereivereine im Saarland, die viele Kinder an die Natur und den waidmännisch respektvollen Umgang mit Tieren heranführen.

- Den schonenden Umgang unserer Natur unterstützt die CDU Saar durch die Wiederbelebung ehemaliger Industriebrachen in zukunftsfähige und nachhaltige Gewerbe- und Industriegebiete.
- **Starke Landeshauptstadt für ein starkes Land:** Wir werden dafür sorgen, dass Saarbrücken – vor allem im Vergleich zu den anderen Städten des Saarlandes und den Nachbarregionen – wieder seine Funktion als Oberzentrum, seine Attraktivität als Wirtschafts- und Kulturstandort zurückgewinnt. Das Saarland braucht eine gesunde und vitale Landeshauptstadt als Schrittmacher des wirtschaftlichen Strukturwandels, als Mittelpunkt von Wissenschaft und Forschung, als Zentrum von Handel und Gewerbe. Saarbrücken als größte Stadt des Landes muss wieder zum Motor des Aufsteigerlandes Saarland werden. Wir werden dafür sorgen, dass der in den letzten Jahren eingetretene Imageverlust korrigiert wird und Saarbrücken sein Potenzial als Stadt der Wirtschaft und Innovation, als Stadt der Wissenschaft und Kultur wieder zur Geltung bringt. Durch „Stadtmitte am Fluss“, die Erweiterung der HTW, den Bau einer Eventhalle, den Bau des 4. Pavillons und die Neuordnung der Museumsmeile gewinnt Saarbrücken an Attraktivität gerade auch für junge Menschen.
- **Gleichwertige Entwicklung in Stadt und Land:** Die CDU Saar steht für gleichwertige Entwicklungschancen in städtischen Verdichtungsräumen und ländlichen Gebieten. Wir sorgen für lebendige und handlungsfähige Kommunen. Land und Kommunen sind in einer Schicksalsgemeinschaft verbunden, die einen fairen und partnerschaftlichen Umgang miteinander erfordert. Die CDU ist die Partei der kommunalen Selbstverwaltung als Ausdruck des Subsidiaritätsprinzips. Dabei erfordert die demographische Entwicklung ein höheres Maß an interkommunaler Zusammenarbeit (z.B. interkommunale Gewerbegebiete). Diese ist jedenfalls der Verlagerung von Aufgaben auf höhere politische Ebenen vorzuziehen.
- **Leuchtturmprojekt Biosphäre:** Die CDU Saar hat das jahrelange Bemühen um die Anerkennung des Bliesgaus als UNESCO Biosphären-Reservat immer unterstützt. Dieser Erfolg ist ein weiterer Schritt, die Interessen von Naturschutz, wirtschaftlicher Entwicklung des ländlichen Raumes und demographischem Wandel im Biosphären-Reservat in Einklang zu bringen. Denn die gelungene Anerkennung bedeutet die Aufnahme des Bliesgaus in das Weltnetz der Biosphären-Reservate. Mit der Stadt-Land-Verknüpfung und der Vollintegration einer Stadt von fast 40.000 Einwohnern hat die Biosphäre Bliesgau ein weltweit

existierendes Alleinstellungsmerkmal. Dies ermöglicht die Einwerbung weiterer Fördermittel für die Region und somit Fortschritte im Bereich des sanften Tourismus und der nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung. Wir werden die Zukunftschancen, die aus diesem international anerkannten Leuchtturmprojekt erwachsen, zu Gunsten des ganzen Landes nutzen.

6.3 Für ein attraktives Kultur-, Sport- und Medienangebot

- Wir brauchen ein möglichst großes Spektrum kultureller und sportlicher Aktivitäten in unserer Heimat – vor allem im ländlichen Raum. Wir unterstützen deshalb Vereine, Sportstätten, Kulturtreffs, Freizeitzentren, Museen, Galerien, Theater, Bibliotheken, Musik-, Kunst- und Volkshochschulen. Kultur und Sport gehören zu einer umfassenden Persönlichkeitsbildung. Sie stiften Sinn und Gemeinschaftsgefühl und bilden ein notwendiges Gegengewicht zur Globalisierung, Beschleunigung, Individualisierung und Medialisierung unserer Gesellschaft. Gerade unser Saarland ist ohne Sport und Kultur nicht denkbar, sie sind Teil seiner selbstbewussten Identität. Sie dürfen auch nicht einer totalen Ökonomisierung anheim fallen.
- Unabhängig davon werden kulturelle und hochwertige Freizeitangebote zunehmend zu einem wichtigen Arbeitsmarkt- und Imagefaktor der Städte und Gemeinden sowie zu einem Faktor für Standortentscheidungen wirtschaftlicher Unternehmen. Neben der kommunalen Kulturförderung treten wir deshalb für eine verstärkte Partnerschaft von Kommunen und Wirtschaft in Fragen des Kultursponsorings ein.
- **Kultur als Verbindung von Vergangenheit und Zukunft:** Kultur muss sich frei entfalten können. Das ist das höchste Ziel unserer Kulturpolitik. Gleichzeitig bedeutet Kultur im Strukturwandel, kreative Ideen zu entwickeln, die das Gestern, Heute und Morgen verbinden. Bei allem Wandel kann nur die Kultur den Beitrag leisten, aus den Erfahrungen der Vergangenheit die Zukunft aktiv zu gestalten. Daher ist für uns Kulturpolitik eine unabdingbare Voraussetzung, den Strukturwandel zu bewältigen. Unser reiches industrielles Erbe bietet enorme Chancen zur Entwicklung unseres Landes.
 - Dabei führen wir hinterlassene Zeugnisse der industriellen Vergangenheit über den Denkmalschutz hinaus unter Einschluss kultureller Ziele einer modernen wirtschaftlichen Nutzung zu. Jüngstes Beispiel ist das Praehistorium Gondwana am Standort Reden, das sich bislang einer großen Besucheranzahl erfreut. Ganz im Sinne dieser Strategie werden wir die Industriekultur im Saarland fortentwickeln und zu einem touristischen Anziehungspunkt machen.
 - Wie bisher fördert eine CDU-geführte Landesregierung auch in Zukunft die unterschiedlichen Formen der Spitzenkultur vom Saarländischen Staatstheater, dem Kinder- und Jugendtheater Überzwerg, über die Oper im „Zeltpalast“ in Merzig, die reichhaltige Konzert-Szene im klassischen Bereich bis zu den Jazzfestivals z.B. in St. Wendel oder den Kleinkunsttagen „St. Ingberter Pfanne“.
 - Das Saarländische Staatstheater hat einen äußerst erfolgreichen Weg eingeschlagen. Dies zeigt u.a. der Preis für das beste Opernprogramm

2008/2009 und die nationale wie internationale Beachtung unseres Balletts. Auch das Bemühen um neue Publikumskreise und vor allem die Jugendarbeit verdienen Anerkennung. Wir werden das Theater auf diesem Weg weiter unterstützen.

- Mit dem Staatsorchester, der Deutschen Radiophilharmonie, dem Hochschulorchester der Hochschule für Musik und dem Landesjugendsinfonieorchester haben wir in unserem Land einen musikalischen Schatz, den wir weiterhin pflegen müssen. Die Orchesterakademie als Kooperation zwischen Theater und Musikhochschule wird diesen Bereich weiter stärken. Daneben besitzt das Saarland eine unglaublich reiche Musikszene. Dazu gehören die Festivals wie die „Musikfestspiele Saar“, „Musik im 21. Jahrhundert“, die St. Ingberter und St. Wendeler Jazz-Tage, die Kammermusiktage und die Tage für Alte Musik. Hinzu kommen eine reiche Jazz- und Klassik-Szene und eine Fülle von Chören und Instrumentalgruppen, die in dieser Breite in keinem anderen Bundesland vorhanden sind. Darauf wollen wir aufbauen und die Marke „Musikland Saar“ etablieren und vernetzen.
 - In der vielfältigen und hochwertigen Museumslandschaft des Saarlandes kommt der Stiftung Saarländischer Kulturbesitz besondere Bedeutung zu. Mit der erfolgreichen Neuordnung der Stiftung und ihrer Häuser haben wir den Grundstein für ihre zukunftssträchtige Ausrichtung gelegt, die Besucherrekorde beweisen es. Mit dem Bau des Vierten Pavillons wird das Saarland-Museum eine weitere wichtige Aufwertung erfahren. Dies wird durch den Ausbau der Kulturmeile (Kulturbibliothek, Umbau der Musikhochschule) städtebaulich und inhaltlich ergänzt.
 - Einen wichtigen Raum in der saarländischen Kulturszene nehmen auch Festspiele wie der Max-Ophüls-Preis und das deutsch-französische Theaterfestival „Perspectives nouvelles“ ein. Unser Ziel ist es, diese Strukturen weiterzuentwickeln und offensiver zu vermarkten.
- Den Chancen kultureller Jugendbildung wird die CDU-geführte Landesregierung auch in Zukunft insbesondere Bedeutung beimessen. Viel wurde bereits erreicht. Wir haben dafür gesorgt, dass die Fortbildung in elementarer Musikpädagogik für Erzieher und Lehrer an der Landesakademie für musisch-kulturelle Bildung eingerichtet wurde; die Bündnisse „Singen mit Kindern“ und das „Bündnis für Musik“ etabliert wurden; Liederkalender für die Klassen 1-6 herausgegeben werden; Schulkooperationen mit musisch-kulturellen Verbänden eingeführt wurden (jährlich über 100 Maßnahmen); zwei weitere Gymnasien mit musikalischem Schwerpunkt eingerichtet wurden; das Fach „Darstellendes Spiel,“ an der gymnasialen Oberstufe mit eigenem Kurrikulum eingeführt wurde; die Ausbildung von „Musikmentoren“ eingeführt wurde. Zahlreiche Projekte wie „Klassik macht Schule“, „Musik für junge Ohren“ oder „Kindertheater ins Land“ oder die europäische Kinder und Jugendbuchmesse ergänzen diese Maßnahmen. Über die Projekte wie „mus-e“ und „Kunst macht Schule“ fördern wir

den Austausch der Schüler mit Künstlern. Wir werden diese Projekte vernetzen und für eine noch stärkere Breitenwirkung sorgen. Dies zeigt: Im Saarland wird die Jugend früh an Kultur herangeführt, Kreativität und Innovation werden auch in Zukunft die Kennzeichen unserer Kulturpolitik für die Jugend sein. Wir werden die Schulkooperationen mit Kultureinrichtungen, Musik- und Kunstschulen und Vereinen weiter ausbauen sowie die Übungsleiter weiterbilden. Wir werden die Kooperationen auf Kindertagesstätten ausdehnen und wir werden dafür sorgen, dass die musisch-kulturellen Kompetenzen der Erzieher/-innen und Lehrer/-innen schon in der Ausbildung gestärkt werden. Außerdem wollen wir in Anlehnung an das Landessportgymnasium ein Landesmusikgymnasium aufbauen. Wir wollen den Kulturwandertag und die Kurrikula so verändern, dass jeder Schüler zumindest einmal in seiner Schullaufbahn die großen Kultureinrichtungen des Landes (Staatstheater, die Häuser der Stiftung Saarl. Kulturbesitz und eines der Orchester) kennen gelernt hat.

- Für die CDU gilt: Breitenkultur ist der Humus, auf dem die Hochkultur wächst. Breitenkultur aus der eigenen Initiative und nach der freien Gestaltung der Menschen ist unerlässlich für eine humane und lebenswerte Gesellschaft. Aus diesem Grund setzt die CDU in besonderem Maße auf das ehrenamtliche Engagement in den zahlreichen Vereinen und privaten Initiativen. Ein wesentlicher Träger der Breitenkultur im Saarland ist die „Landesakademie für musisch-kulturelle Bildung“ in Ottweiler als Zusammenschluss der kulturellen Dachverbände des vorwiegend ehrenamtlichen Bereichs und als unverzichtbare Ausbildungs- und Weiterbildungseinrichtung. Sie wird wie bisher die volle Unterstützung einer CDU-geführten Landesregierung finden. Ihre finanzielle Förderung wollen wir verstetigen.
- Eine besondere Förderung erfährt der Kulturbereich durch die Maßnahmen im Zuge des Konjunkturpakts Saar. So wird im Bereich der Kulturmeile eine neue Musik- und Kulturbibliothek eingerichtet, die Hochschule für Bildende Künste erhält eine neue Hochschulgalerie und die Hochschule für Musik wird komplett saniert und zusätzlich ausgebaut. Die Spielstätte des Theater Überzwerg wird modernisiert und umgebaut. Hinzu kommen zahlreiche Maßnahmen der Kommunen, die im Rahmen des Konjunkturpakts in erheblichem Maße den örtlichen Kultureinrichtungen zugute kommen.
- Zum Kulturgut eines Landes gehört in besonderem Maße die Sprache. So hat sich die CDU Saar dafür eingesetzt, dass Deutsch als Landessprache im Grundgesetz wie in vielen anderen europäischen Ländern festgeschrieben wird. Diesem ersten Schritt zur Pflege der deutschen Sprache werden weitere folgen. Vor allem wird sich eine CDU-geführte Landesregierung dafür einsetzen, dass der in zahlreiche Alltagsbereiche eingedrungene Gebrauch vor allem englischer Begriffe gestoppt und wieder rückgängig gemacht wird. So ist es für Menschen, die der englischen Sprache nicht mächtig sind, beispielsweise kaum noch möglich, die Fernsehprogramme mancher privater Rundfunksender zu verstehen. Dieser Trend hat für die CDU Saar weder etwas mit Modernität noch

Weltoffenheit zu tun. Aus diesem Grund wird sich die CDU Saar diesem Trend entgegenstellen.

- **Medienstandort Saarland:** Das Saarland ist ein wichtiger Medienstandort für die SaarLorLux-Region. Die bei uns ansässigen Medien sind zugleich Botschafter des Saarlandes, sei es, dass sie die Aufmerksamkeit auf das Saarland ziehen, sei es, dass sie aus saarländischer Sicht berichten und die saarländische Identität stärken. Die CDU Saar setzt sich daher weiterhin für eine vielfältige Medienlandschaft im Saarland ein. Wir unterstützen einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der ein wichtiger Pfeiler für unsere Demokratie ist. Wir stehen daher zur Eigenständigkeit des Saarländischen Rundfunks, der einen wichtigen Beitrag zur Information mit saarländischen Themen und Identifikation der Bevölkerung mit ihrer Heimat leistet. Zugleich wollen wir die Stellung des Saarlandes als attraktiver Standort für Unternehmen der konventionellen und neuen Medien weiter ausbauen.
 - Die CDU Saar sieht den Schutz und die Förderung der Kommunikationsgrundrechte als zentrale Aufgabe ihrer Medienpolitik an. Die Grundrechte der Meinungs-, Presse-, Rundfunk- und Filmfreiheit sowie das Demokratieprinzip weisen den Medien eine fundamentale Bedeutung für die Bürger und den demokratischen Meinungs- und Willensbildungsprozess zu. Ohne freie Medien gibt es keine freie und lebendige demokratische Gesellschaft. Gleichzeitig gilt es jedoch, den Umgang mit der neuen Medienvielfalt zu erlernen und in verantwortlicher Weise zu pflegen.
 - Je größer die Medienfreiheit, desto größer ist auch die Verantwortung im aktiven und passiven Gebrauch der Medien. Ehrverletzende, pornographische, gewaltverherrlichende, rassistische oder sonstige jugendgefährdende und entwicklungsbeeinträchtigende Angebote dürfen von der Politik nicht tatenlos hingenommen werden. Schließlich sieht die CDU Saar in einer „digitale Spaltung der Gesellschaft“ erhebliche Risiken für unser Gemeinwesen. Ein Auseinanderdriften von Informations- und Bildungselite einerseits und benachteiligten Gruppen andererseits darf es nicht geben.
 - Festzuhalten ist, dass der Bedarf an Sicherheit und Vertrauen sowie Transparenz im Onlinebereich proportional zu den Gefahren in diesem Bereich (strafbare und jugendgefährdende Inhalte, technische Risiken z. B. durch Hacker oder Phishing, Vertrauenswürdigkeit von Suchmaschinen etc.) gestiegen ist. Soll das positive Potenzial der Digitalisierung insgesamt positiv zur Entfaltung kommen, müssen diese Risiken auf ein Minimum reduziert werden. Die Vermittlung von Medienkompetenz ist somit eine wichtige medienpolitische Herausforderung: Nicht nur für die Politik, sondern auch für staatliche und private und Bildungseinrichtungen vom Kindergarten bis zur Erwachsenenbildung.
 - Darüber hinaus setzt die CDU Saar auch auf vielfältige Formen der Stärkung der Selbstverantwortung der Medienanbieter durch die Förderung von Ko- und Selbstregulierungsmaßnahmen in allen Medienbereichen. Wer Zeitungen, Zeitschriften oder Bücher verlegt, Hörfunk- und Fernsehsendungen produziert oder Onlineangebote unterhält, trägt damit auch eine Verantwortung für das demokratische Gemeinwesen. Wenn sich zeigt, dass diese präventiven Maßnahmen nicht ausreichen, wird die CDU Saar überprüfen, inwieweit mit

repressiven Instrumentarien des Medien-, Wettbewerbs- oder Strafrechts ein weitergehender Jugend- und Verbraucherschutz zu gewährleisten ist.

- Auch der Schutz der Privatsphäre wird im digitalen Zeitalter vor neue Herausforderungen gestellt. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist ein Grundrecht, das mit der rasanten Entwicklung in der Informationsgesellschaft Schritt halten muss. Notwendig ist daher ein zeitgemäßer Datenschutz, um das Vertrauen der breiten Bevölkerung in neue Medien wie das Internet zu erhalten. Durch ein Auskunfts- und Widerrufsrecht bei der Erhebung von Daten will die CDU Saar mehr Transparenz schaffen und den Datenschutz im Internet – etwa bei der Erhebung von Kundendaten – verstärken. Das Recht der Bürger zu erfahren, an wen und für welchen Zweck ihre Daten weitergegeben werden, muss ausgebaut werden.
 - Die CDU Saar steht uneingeschränkt zur Presse- und Medienfreiheit und zur Unabhängigkeit der Medien. Freiheit der Medien verträgt sich aber nicht mit Monopolen. Medien verlieren ihre der Gesellschaft dienende Funktion, wenn Einzelinteressen dominieren und Machtmonopole entstehen. Dem Staat kommt somit die Aufgabe zu, die Kräfte auf den Medienmärkten durch entsprechende Rahmenbedingungen so zu strukturieren, dass eine möglichst große Vielfalt von Medieninhalten und Meinungen entsteht und dauerhaft gesichert wird. Mit Blick auf die aktuelle Konzentrations- und Angebotsentwicklung wird die CDU Saar immer wieder neu überprüfen, inwieweit es – insbesondere vor dem Hintergrund der jüngsten crossmedialen Konzentrations- und Angebotsentwicklungen – notwendig ist, neue Maßnahmen zur Vielfaltssicherung zu treffen.
 - Das Internet ist derzeit vor allem mit Hilfe von Suchmaschinen erschließbar. Diese spielen somit eine ganz entscheidende inhaltliche Rolle, indem sie mit ihren Suchmustern die Mediennutzung erheblich beeinflussen. Auch TK-Unternehmen wächst die Funktion von „Gatekeepern“ zu, wenn sie auf Inhalte Einfluss nehmen, die sie über ihre Infrastrukturen verbreiten. Ähnliches gilt für den digitalen Programmführer Rundfunk. Die CDU Saar wird diese Entwicklung aufmerksam beobachten und nötigenfalls sicherstellen, dass wirtschaftliche Macht nicht in marktbeherrschende Medienmacht und erst recht nicht in politische Macht umschlagen darf.
- **Das Saarland als Land des Sports:** Rund 412.000 Saarländerinnen und Saarländer sind in ca. 2.200 Sportvereinen engagiert. Das sind etwa 40 Prozent der gesamten saarländischen Bevölkerung – so viele, wie in keinem anderen Bundesland. Das zeigt: Die Saarländerinnen und Saarländer sind sportbegeistert, und dies nicht nur als Zuschauer und Konsumenten der zahlreichen Sportveranstaltungen, sondern auch als aktiv Sporttreibende. Dabei besteht eine enge Wechselwirkung zwischen Breiten- und Spitzensport. Der Spitzensport braucht den Breitensport als Fundament der Talentrekultierung. Der Breitensport wiederum lebt in hohem Maße von den Anregungen und Anreizen, die über den Spitzensport vermittelt werden. Aus diesem Grund sind für die CDU Breitensport und Spitzensport zwei Seiten einer Medaille, die sich beide unter einer CDU-geführten Landesregierung der Förderung weiterhin sicher sein können.

- Sportliche Betätigung fördert die Gesundheit und das Wohlbefinden. Sie ist wichtig von der frühen Kindheit bis zum hohen Alter, und sie entfaltet ihre segensreichen Wirkungen umso mehr, je früher damit angefangen wird. Deshalb werden wir wie bisher auch künftig in der Bevölkerung anhand unserer breit angelegten Informations- und Aufklärungspolitik und anhand unserer gezielten Förderung von Sportveranstaltungen zur sportlichen Betätigung anregen und für sie werben.
- Zur Förderung des Breitensports im Vereinswesen werden wir die entsprechenden Mittelansätze beibehalten und so auch in Zukunft über die Sportplanungskommission für eine hochwertige Infrastruktur sorgen. Dabei können sich die ehrenamtlich Tätigen in den Vereinen unserer Unterstützung weiterhin sicher sein. Unsere Maßnahmen zur Stärkung und zur rechtlichen Absicherung des Ehrenamtes kommen insbesondere den Trainern und Betreuern im Vereinssport zu Gute.
- Darüber hinaus hat Sport gerade für Kinder und Jugendliche einen hohen pädagogischen Wert. Denn hier werden Tugenden wie Fairness, Teamgeist, Einsatzfreude und Zielstrebigkeit eingeübt. Daher werden wir die erfolgreich eingerichteten Kooperationen zwischen Sportvereinen, Kindergärten und Schulen weiter ausbauen, wir werden die starke Stellung des Schulsports innerhalb des Unterrichtsangebots beibehalten und durch die Veranstaltung von Schulsportwettkämpfen die Jugendlichen zur sportlichen Betätigung auch über den Schulsport hinaus motivieren. Hier haben wir uns zudem zum Ziel gesetzt, sogenannte Multifunktionsfelder flächendeckend im ganzen Land einzurichten.
- Im Spitzensport wollen wir unseren Erfolgskurs fortsetzen. Ca. 30 saarländische Sportvereine sind derzeit in der 1. oder 2. Bundesliga ihrer Sparte vertreten. Diese Spitzenvereine werden jährlich vom Land in einer Höhe von fast 350.000 Euro unterstützt. Dabei ist ein Kriterium für die Förderung die qualifizierte und engagierte Jugendarbeit. Gerade hier erweist sich die Kooperation zwischen Schulen und Sportverbänden als wegweisend für die Auswahl und die gezielte Förderung von jungen sportlichen Talenten. Die Spitzenvereine können im Saarland „aus dem Vollen schöpfen“, und wir werden dafür Sorge tragen, dass dies auch weiterhin der Fall sein wird.
- Mit dem Olympiastützpunkt Rheinland-Pfalz/Saarland, der Hermann-Neuberger-Sportschule, dem Institut für Sport- und Präventivmedizin und dem sportwissenschaftlichen Institut an der Universität des Saarlandes wurde in den letzten Jahren ein eng vernetztes Sportkompetenzzentrum von Exzellenzniveau aufgebaut. Darunter befindet sich auch das erste von mittlerweile drei internationalen Welttrainingszentren des Internationalen Badmintonverbandes (IBF). Das Saarland wurde damit zu einer renommierten Adresse für Spitzensportler aus aller Welt. Zu diesem Netzwerk gehört auch das Gymnasium am Rotenbühl, dem im Jahre 2005 vom Deutschen Olympischen Sportbund das Gütesiegel „Eliteschule des Sports“ verliehen wurde und das,

unterstützt vom Landessportverband für das Saarland, professionelle und systematische Talentförderung betreibt.

6.4 Konsequenz für Sicherheit, Ordnung und Verbraucherschutz

- **Starker Staat – sicheres Saarland:** Die CDU Saar steht für einen starken Staat, der frühzeitig und konsequent gegen Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung vorgeht. Denn Sicherheit ist Lebensqualität. Die Saarländerinnen und Saarländer leben in einem der sichersten Bundesländer. Wir als CDU Saar werden alles dafür tun, das dies auch so bleibt. Für uns ist klar: Der Staat wird seiner Verantwortung für die Menschen in unserem Land nur gerecht, wenn er Kriminellen von Anfang an klare Grenzen aufzeigt. Gleichzeitig setzen wir auf eine intensive Präventionsarbeit zur Verhinderung von Kriminalität.
 - Insbesondere bei jungen Menschen ist Präventionsarbeit ein unverzichtbarer Beitrag zur sozialen Integration und damit auch zur Kriminalitätsbekämpfung. Jedes Jahr geben wir 100 Millionen Euro für die Jugendhilfe aus. Die CDU Saar wird auch in Zukunft alles daran setzen, um in allen Bereichen (Elternhaus, Kindergärten, Schulen, Vereine) erzieherische Kompetenz zu stärken und jungen Menschen Werte wie Teamgeist, Solidarität und Menschlichkeit zu vermitteln. Wir werden das Landesinstitut für präventives Handeln (LPH) weiter als Netzwerk für Prävention ausbauen.
 - Wir sind der festen Überzeugung, dass die beste Kriminalitätsbekämpfung die Stärkung der Familien, des sozialen Umfelds und damit auch der Vereine ist, in denen sich Kinder und Jugendliche betätigen. Die Förderung der Jugendarbeit von Vereinen verdient daher eine höhere Priorität bei der Prävention sozialer Schieflagen junger Menschen. Deren finanzielle Unterstützung hat für uns auch in den Kommunen hohen Stellenwert.
 - Bei Gewaltprävention setzen wir auch auf Wachsamkeit und nachbarschaftliche Solidarität. Entsprechende Initiativen, insbesondere in lokalen Kriminalitätsschwerpunkten, werden von uns unterstützt. Dabei muss die Zusammenarbeit zwischen Polizei und örtlichen Einrichtungen weiter intensiviert werden.
 - Vandalismus, Graffiti-Schmierereien, Verwahrlosung, Verunreinigung und Belästigungen der Bürgerinnen und Bürger werden bei uns nicht geduldet; wir lehnen die Entkriminalisierung von Bagatelldelikten ab. Mit breiter öffentlicher Präsenz und vermehrter Wahrnehmung der Polizei stärken wir das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Wir wissen: Sicherheit und Sauberkeit gehören zusammen.
 - Opferschutz geht vor Täterschutz. Deshalb werden wir schutzwürdige Opfer rechtzeitig über die anstehende Haftentlassung des Täters informieren.

Außerdem wollen wir eine „Stabsstelle Opferschutz“ einrichten, die die Interessen von Opfern vertritt und ihnen bei rechtlichen Fragen zur Verfügung steht. Eine Ausweitung des offenen Strafvollzugs lehnen wir ab.

- Die Sicherstellung einer unabhängigen Justiz und eines leistungsfähigen Strafvollzugs gehören zu den ureigensten Aufgaben eines demokratischen Rechtsstaates. Eine Privatisierung von Gefängnissen und des Gerichtsvollzieherwesens kommt für uns nicht in Betracht.
 - Wir wollen, dass die Polizei bzw. das Landeskriminalamt verstärkt im Internet „auf Streife“ geht, d.h. zum Zwecke der Gefahrenabwehr Internetseiten auf strafrechtlich relevante Inhalte durchsucht. Intensivieren werden wir den Kampf gegen neue Formen der Kriminalität wie die Manipulation von Geldautomaten oder das Ausspähen von Passwörtern, Geheimnummern oder personenbezogenen Daten („Phishing“).
 - Die CDU Saar verurteilt jegliche Form der Anbiederung an Radikale und Extremisten von Rechts oder Links. Wir stellen sicher, dass das Landesamt für Verfassungsschutz auch weiterhin unabhängig und ungehindert seinem gesetzlichen Auftrag nachkommen kann. Daher werden wir den Verfassungsschutz personell und organisatorisch weiter stärken – vor allem zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus und des Links- und Rechts-extremismus.
- **Verbraucherschutz durchsetzen:** In Zeiten globaler Märkte sowie umfänglicher Warenströme im europäischen Binnenmarkt und aus Drittstaaten kommt dem Verbraucherschutz eine immer bedeutendere Rolle zu. Das ständig wachsende Angebot an Waren, Produkten und Dienstleistungen ist heute selbst für interessierte und informierte Verbraucher kaum noch überschaubar; wirksamer Verbraucherschutz muss hier Aufklärung leisten und die Vergleichbarkeit der einzelnen Produkte sicherstellen. Um Kompetenz und Bewusstsein der Verbraucher zu stärken, werden wir Informationssysteme im Bereich der unabhängigen Verbraucher- und Patientenberatung weiter verbessern und Verbraucherschutzthemen bereits in der Schule zum Unterrichtsinhalt machen. Unter anderem wollen wir eine transparentere Ausschilderung in Supermärkten mit gut lesbaren und leicht zu vergleichenden Preisangaben. Wir werden Verbraucher vor betrügerischen Vertriebsstechniken wie Haustürgeschäften oder den sogenannten Kaffeefahrten schützen und sie vor wirtschaftlichen und gesundheitlichen Schäden bewahren.
- **Lebensmittelsicherheit garantieren:** Wir garantieren auch in Zukunft einen hohen Kontrolldruck durch unsere Lebensmittelüberwachungsbehörden, um so die Bürgerinnen und Bürger vor unhygienischen, verunreinigten oder sogar gesundheitsgefährdenden Produkten zu schützen. Das Verbraucherinformationsgesetz muss zum echten Informationsrecht weiterentwickelt werden. Weil Verbraucherschutz längst keine nationale Aufgabe mehr ist, setzen wir uns dafür ein, dass europaweit ungenießbare Lebensmittel eingefärbt werden, um ihre Weiterverarbeitung auszuschließen.

7. Das Saarland – europäische Kernregion mit Zukunft!

- Die Zukunft unseres Landes liegt in Europa. Kein anderes deutsches Bundesland ist in seiner Entstehung so eng mit der europäischen Nachkriegsgeschichte verknüpft wie das Saarland. Als Teil der europäischen Kernregion SaarLorLux ist das Saarland heute Bindeglied zwischen Frankreich und Deutschland und als solches das europäischste aller Bundesländer. Hier, an der offenen Grenze, gehört Europa längst zur Alltagserfahrung der Menschen, hier pulsiert der ökonomische und kulturelle Austausch, hier wird Europa konkret gelebt und erlebt. Diesen Austausch weiter zu forcieren und SaarLorLux als europäische Modellregion fortzuentwickeln, ist das Ziel einer CDU-geführten Landesregierung.
- **In Partnerschaft mit unseren Nachbarn:** Europa-, insbesondere Frankreichkompetenz ist ein Markenzeichen des Saarlandes. Bereits heute beherrschen die Saarländerinnen und Saarländer überdurchschnittlich gut die französische Sprache. Bereits heute sind die Möglichkeiten im Saarland, deutsch-französische Bildungsabschlüsse zu absolvieren, zahlreicher als in anderen Bundesländern. Bereits heute ist die grenzüberschreitende Kooperation im Bildungs- und Ausbildungsbereich beispielhaft für andere grenzüberschreitenden Regionen. Insbesondere wird es künftig darum gehen,
 - die Universität der Großregion zu verwirklichen: Seit 1984 von mehreren Hochschulen der SaarLorLux-Region die „Charta universitärer Zusammenarbeit“ unterzeichnet wurde, hat sich die Kooperation der Universitäten und anderen Hochschulen stetig verdichtet. Vor allem in den letzten Jahren konnten zahlreiche gemeinsame bi- und trinationale Studiengänge und Hochschulabschlüsse ins Leben gerufen werden. Nun ist es an der Zeit, das Projekt der Universitäten Lüttich, Luxemburg, Nancy, Metz, Kaiserslautern, Trier und der Universität des Saarlandes in Angriff zu nehmen, eine gemeinsame Universität der Großregion zu verwirklichen. Eine CDU-geführte Landesregierung wird dieses Projekt nicht nur unterstützend begleiten, sondern vielmehr aktiv vorantreiben.
 - die Internationalisierung des Schulwesens weiterzuentwickeln: Das Deutsch-Luxemburgische Schengen-Lyzeum in Perl, das Deutsch-Französische Gymnasium in Saarbrücken, das deutsch-französische Abitur an drei Gymnasien, die bilinguale Frühförderung an Kindergärten und Grundschulen: All das weist das Saarland als ein Land aus, das seine internationale und interkulturelle Kompetenz systematisch auf- und ausbaut. Diesen Weg gilt es, konsequent fortzuschreiten. Ziel einer CDU-geführten Landesregierung ist eine komplett

zweisprachige Bevölkerung ebenso wie die Standardisierung von bi- bzw. unter Einbeziehung von Luxemburg trinationalen Bildungsabschlüssen.

- die Großregion SaarLorLux zu stärken: Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, das „Zukunftsbild 2020“ der Großregion SaarLorLux weiter zu verfolgen und insbesondere den „Kulturraum Großregion“ voranzutreiben.
- **Mittendrin und bestens vernetzt:** Die europäische Verkehrsnetzanbindung hat in den letzten beiden Jahren geradezu rasante Fortschritte gemacht. Mit dem Einstieg von Air Berlin am Saarbrücker Flughafen fand das Saarland direkten Anschluss an die internationalen Flugliniennetze, was vor allem für Europa-Reisende unserer Region einen wahren Quantensprung bedeutete. Mit der Fertigstellung der ICE-Verbindung nach Paris existiert jetzt eine attraktive Tagesrandverbindung zu einem der stärksten Wirtschafts- und Kulturräume Europas. Diese überregionalen Verkehrsverbindungen gilt es künftig verstärkt zu nutzen. Wichtige Aufgabe für die Zukunft ist es daneben, den ÖPNV der Großregion auszubauen und zu verbessern. Sind an den Straßenverkehrsverbindungen die Grenzpfähle längst schon entsorgt, so spielen diese Grenzen etwa beim ÖPNV immer noch eine allzu große Rolle. Langfristiges Ziel ist ein grenzüberschreitendes ÖPNV-System, das vor allem den Berufspendlern eine Alternative zum Individualverkehr eröffnet. Hierzu sollte in einem ersten Schritt ein gemeinsames elektronisches Fahrplan- und Preisinformationssystem eingerichtet werden. Darüber hinaus sollten zwischen den Zentren der Großregion umsteigefreie Direktverbindungen geschaffen werden mit attraktiven Fahrplänen auch an Sonn- und Feiertagen. Langfristiges Ziel der CDU Saar ist ein gemeinsames Tarifsystem und schließlich ein gemeinsamer ÖPNV-Verkehrsverbund SaarLorLux.
- **Vertiefte Zusammenarbeit mit Frankreich:** Frankreich ist wichtigster Handelspartner des Saarlandes. Frankreich ist bereits heute ein wichtiger Absatzmarkt für saarländische Produkte und damit ein wichtiger Faktor an unserem Arbeitsmarkt. Rund ein Fünftel des saarländischen Exports und damit Waren im Wert von 2,5 Mrd. Euro geht nach Frankreich. Wir sind bereits heute die erste Adresse für deutsche Unternehmen machen, die den französischen Markt erschließen wollen und wollen bis 2020 dies auch für französische Projekte, die auf den deutschen Markt streben, sein. Deshalb werden wir ein eigenes Kompetenzzentrum Frankreich und ein spezielles deutsch-französisches Netzwerk etablieren, um die Chancen des Saarlandes als „Tor für Frankreich nach Deutschland“ verstärkt zu nutzen.
- **Gute Zusammenarbeit mit Luxemburg fortsetzen:** Die hervorragende Zusammenarbeit zwischen Luxemburg und dem Saarland hat bereits beachtliche Erfolge hervorgebracht wie neben dem Schengen-Lyzeum etwa die "Kulturhauptstadt 2007 - Luxemburg und die Großregion". Der Nationalstaat Luxemburg und das Saarland werden als die beiden wichtigsten Arbeitsmärkte für Grenzpendler auch weiterhin die Motoren der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Großregion SaarLorLux sein.

- **Ja zu Europa:** Eine CDU-geführte Landesregierung spricht sich in den ihr zugänglichen Gremien wie im Bundesrat oder im Ausschuss der Regionen insbesondere für die Vertiefung der Europäischen Union aus. Denn gerade für die Grenzregion SaarLorLux ist eine handlungs- und funktionsfähige Europäische Union Grundvoraussetzung für den weiteren Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Dies vor allem deshalb, weil Fortschritte auf dieser Ebene all zu oft von nationalstaatlichen Regelungen gehemmt werden. Aus diesem Grund setzt sich die CDU Saar für eine schnelle Umsetzung des Vertrags von Lissabon ein, ohne die die europäische Integration zwangsläufig in einen verhängnisvollen Stagnationsprozess geraten würde.